

## Unterrichtung

### durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

### über die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 7. bis 11. November 2003 in Orlando, USA

Inhaltsverzeichnis		
	Seite	
Teilnehmer der deutschen Delegation . . . . .	1	<i>Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU), Abgeordneter Gerd Höfer (SPD), Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD), Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Abgeordneter Erwin Marschewski (CDU/CSU), Abgeordnete Ursula Mogg (SPD), Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter Ruprecht Polenz (CDU/CSU), Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU), Abgeordneter Helmut Rauber (CDU/CSU), Abgeordneter Reinhold Robbe (SPD), Abgeordneter Kurt J. Rossmannith (CDU/CSU), Abgeordnete Marianne Tritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter Andreas Weigel (SPD), Abgeordnete Verena Wohlleben (SPD).</i>
Ablauf der Tagung . . . . .	1	
Politischer Ausschuss . . . . .	2	
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit . . . . .	5	
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit . . . . .	7	
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit . . . . .	10	
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie . . . . .	13	
Plenarsitzung . . . . .	15	
Anhang Entschlüsse	19	
Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO fand vom 7. bis 11. November 2003 in Orlando, USA, statt.		<i>Bundesrat: Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Stellvertretender Delegationsleiter; Minister Dr. Gottfried Timm (SPD), Mecklenburg-Vorpommern, Ministerin Ingeborg Spoerhase-Eisel (CDU), Saarland, Minister Klaus-Jürgen Jeziorsky (CDU), Sachsen-Anhalt.</i>
Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationen:		
<i>Deutscher Bundestag: Abgeordneter Markus Meckel (SPD), Leiter der Delegation, Abgeordneter Uwe Karl Beckmeyer (SPD), Abgeordneter Wolfgang Börnsen (CDU/CSU), Abgeordnete Monika Heubaum (SPD),</i>		<b>Ablauf der Tagung</b> Der NATO-Russland-Parlamentarische Ständige Ausschuss trat am 7. November 2003 zusammen. Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am 8. und 9. November 2003 statt. Das Plenum tagte am 11. November 2003.

Die Eröffnungsrede der Plenarsitzung hielt der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Douglas Bereuter** (Vereinigte Staaten). Ansprachen des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des NATO-Rats, **Lord Robertson** of Port Ellen und des Gouverneurs des Staates Florida, **Jeb Bush** folgten.

Die Schwerpunkte der diesjährigen Herbsttagung lagen bei der Erörterung der Frage der Übernahme einer formalen Rolle der NATO im Irak, den Beziehungen zwischen der NATO und der EU, den transatlantischen Verhältnis und der Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

## Politischer Ausschuss

### I. Tagesordnung und Themen (Übersicht)

Der Politische Ausschuss beriet am 8. und 9. November 2003 im Orange County Convention Center, Orlando über die Auswirkungen des Irakkrieges auf die NATO, dessen Folgen für den internationalen Kampf gegen den Terrorismus, die Möglichkeit einer formalen Rolle der NATO im Irak und den Stand der transatlantischen Beziehungen.

### II. Vortrag von Gregory Treverton, Rand Corporation über „Transatlantische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus nach dem Irakkrieg“

**Treverton** warf in seinem Vortrag den Europäern vor, immer noch eine regionale Sichtweise auf internationale Vorgänge zu haben, während die Vereinigten Staaten weltweit aktiv seien. Er sehe die Trennlinie zwischen den USA und Europa besonders darin, dass für die Europäer Frieden nicht durch Waffengewalt hergestellt werden könne. Er plädierte für eine europäische Hilfe beim Wiederaufbau des Iraks.

### Diskussion

Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland) unterstrich den europäischen Beitrag in Afghanistan und betonte, dass eine breite Koalition gegen den Terror notwendiger als im Jahr 2001 sei. Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich) warnte davor, im Kampf gegen den Terror Menschenrechtsverletzungen beispielsweise in Usbekistan zu ignorieren. Abg. **Gomes da Silva** (Portugal) hob die Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für die internationale Sicherheit hervor. Nach Meinung der Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) und **Anderson** seien die Zugeständnisse des Iran hinsichtlich der Nichtverbreitung von Atomwaffen den Verhandlungserfolgen der Europäer zuzuschreiben. Wenn für die Vereinigten Staaten die Staatenbildung wichtiger Bestandteil der Sicherheit sei, so seien Kompromisse mit den Verbündeten notwendig.

### III. Vortrag von George Perkovich, Carnegie Internationale Friedensstiftung zum Thema „Die Behandlung von Schurkenstaaten“

**Perkovich** plädierte in seinem Referat für eine klare Definition des Begriffs „Schurkenstaaten“ und der gegen sie

gerichteten Strategie. Begriffe wie der der „Achse des Bösen“ seien nicht hilfreich, da jeder Fall gesondert behandelt werden müsse und eine eigene Strategie erfordere. Obwohl ein gemeinsames Vorgehen unabdingbar sei, fühlten sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, gegen den Irak, den Iran und Nordkorea auch alleine die Initiative zu ergreifen, da ansonsten die Bedrohung weiter zunehme. Der Iran und Nordkorea seien nicht die einzigen gefährlichen Länder, die NATO solle daher auch Strategien gegen mögliche zukünftige Gefahren ausarbeiten, die von Libyen, Saudi-Arabien und vor allem von Pakistan ausgingen. Im Hinblick auf die Gefahren Letzterer sei es notwendig, dass die USA und die NATO mögliche Szenarien durchspielen und Schutzmaßnahmen ergreifen sollten.

### Diskussion

Die Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland) und **Banas** (Slowakei) sowie **Pastusiak** (Polen) und sprachen sich in ihrer Erwiderung dafür aus, den Begriff „Schurkenstaaten“ wegen dessen begrifflicher Unschärfe nicht mehr zu verwenden. Als strategisch wichtiges Land dürfe der Iran, so Abg. **Anderson** (Vereinigtes Königreich), keine Atommacht werden, da dies auch Saudi-Arabien veranlassen könnte, dem Beispiel zu folgen. Abg. **Gillan** (Vereinigtes Königreich) stimmte der Einschätzung über die Lage in Pakistan zu und unterstrich, dass der Kaschmir-Konflikt zu den gefährlichsten Bedrohungen für den Weltfrieden zähle.

### IV. Entwurf eines Generalberichts zum Thema „Der Angriff auf den Irak – Fragen und Folgen für die Allianz“ von Abg. Bert Koenders (Niederlande)

Die Zusammenfassung des Entwurfs des Generalberichts leitete Abg. **Koenders** (Niederlande) mit der Feststellung ein, dass zwar das militärische Vorgehen gegen den Irak die Alliierten gespalten habe, jedoch Konsens über die Notwendigkeit eines Erfolges der Militäraktion bestehe. Das Fehlen jeglicher überzeugender Beweise für vorhandene irakische Massenvernichtungswaffen stelle die Glaubwürdigkeit der Geheimdienste in Frage. Differenzen gebe es weiterhin über die Frage der Rolle der Vereinten Nationen in der Wiederaufbauphase des Iraks. Bei der kontroversen Frage der „Präemption“ sei entscheidend, wie die internationale Gemeinschaft mit Besorgnis erregenden Staaten umginge und zu welchem Zeitpunkt der Einsatz militärischer Mittel erlaubt sei.

### Diskussion

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) ging auf die Lage in Afghanistan ein und stellte fest, dass diese Herausforderung noch nicht bewältigt worden sei und kritisierte deren ungenügende Erörterung im Bericht. Er regte eine Diskussion über die Verteidigungskonzepte der USA und der EU an und hob die Bedeutung internationaler Verträge zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hervor. Abg. **Tancredo** (Vereinigter Staaten) bedauerte, dass die Erkenntnisse, die nach dem Krieg

über das Regime von Saddam Hussein gewonnen werden konnten, noch nicht die Wunden heilen können, die durch die Frage der Massenvernichtungswaffen entstanden seien. Die NATO werde von der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beeinträchtigt und er forderte Kriterien, die festlegten, zu welchem Zeitpunkt welche Mittel verwendet werden dürften, sodass keinerlei Kapazitätseinschränkungen für die NATO, wie im Falle der EU-Mission im Kongo, entstünde. Dem hielt der Abg. **Minniti** (Italien) entgegen, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einer Stärkung der NATO führe und er stimmte dem Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) zu, dass der Kampf gegen den Terrorismus vorrangig kein militärischer sei. Vorrang habe jetzt, so Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland), der erfolgreiche Wiederaufbau des Iraks und er plädierte für eine schnelle Machtübergabe an das irakische Volk. Er erinnerte daran, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg vier Jahre gedauert habe, bis in der Bundesrepublik Deutschland Wahlen durchgeführt werden konnten und ganze zehn Jahre bis zur Wiederherstellung der, wenn auch noch teilweise eingeschränkten, Souveränität.

Der Bericht wurde vom Ausschuss angenommen.

Die Schwerpunkte der Diskussion über die eingebrachten 24 Änderungsanträgen zum Entschließungsentwurf betreffend „die Wiederherstellung des transatlantischen Vertrauens nach dem Krieg im Irak“, lagen bei den möglichen Auswirkungen einer formalen Rolle der NATO im Irak, der Verbesserung der militärischen Kapazitäten und der Entscheidungsstrukturen innerhalb der NATO. Neben weiteren von deutschen Abgeordneten eingebrachten Änderungsanträgen, wurde unter anderen der Antrag hinsichtlich der wichtigen Aufgaben der NATO in Afghanistan vom Ausschuss angenommen. Nach eingehender Beratung aller Änderungsanträge nahm der Ausschuss die Resolution an.

#### V. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Transatlantische Sicherheitswahrnehmungen und der Beitrag Europas zur Allianz“ von Abg. Dr. Karl A. Lamers (Deutschland)

Zusammenfassend stellte Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) fest, dass die USA und die Alliierten durch gemeinsame Interessen weiterhin verbunden seien, insbesondere im Kampf gegen den Terror und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auch wenn Differenzen im Hinblick auf die besten Lösungsansätze bestünden, könnten den Gefahren nur gemeinsam begegnet werden. Angesichts der neuen Bedrohungen seien die USA trotz ihrer militärischen Überlegenheit auf die Hilfe der Alliierten angewiesen. Die US-Administration erkenne die wichtige Rolle von „soft power“ in den internationalen Beziehungen an und habe das Budget für die Entwicklungshilfe erhöht, beispielsweise habe sie ein 35-Milliarden-US-\$-Programm für die weltweite Aids-Bekämpfung aufgelegt.

#### Diskussion

Für Abg. **Kanerva** (Finnland) sei mit den Berlin-Plus-Vereinbarungen eine gute Basis für die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen geschaffen worden. Duplizierungen könne sich Europa nicht leisten. Senator **Andreychuk** (Kanada) lobte die Erwähnung Kanadas im Berichtsentwurf und unterstrich, dass der Beitrag der USA für den weltweiten Frieden nicht immer genügend Anerkennung finde. Abg. **Karl von Wogau** (Europäisches Parlament) betonte den Begriff des „Erweiterten Europas“, der auch die Länder erfasse, die nicht in der EU seien.

Der Bericht wurde vom Ausschuss angenommen.

#### VI. Vortrag des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO, R. Nicholas Burns, zum Thema „Transformation der NATO“

Mehrmals wies Botschafter **Burns** in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU hin. Bestes Beispiel sei die geplante Nachfolge der NATO-geführten SFOR in Bosnien-Herzegowina im Jahr 2004. Die USA benötigten die NATO und die EU. Die EU müsse ihrerseits jeglichen automatischen Anti-Amerikanismus, besonders den der Medien, zurückweisen und sie sollte nicht versucht sein, eine Gegenmacht zu den USA in der Welt anzustreben. Als Fazit schloss er, dass die USA ein starkes, unabhängiges und autonomes Europa wünschten.

#### Diskussion

Schwerpunkt der sich anschließenden Diskussion waren die europäischen Bemühungen, militärische Fähigkeiten auszubauen und die Beziehungen der EU zur NATO. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) erinnerte an den fundamentalen Unterschied zwischen der NATO und einer „Koalition der Willigen“. Während die Mitgliedsländer der NATO auch durch gemeinsame Werte verbunden seien, sei dies bei einer „Koalition der Willigen“ nicht der Fall. Er warb um Verständnis dafür, dass ein zusammenwachsendes, politisch geeintes Europa politische Sicherheitsstrukturen und damit auch selbstständige Handlungsfähigkeit brauche. Botschafter **Burns** unterstrich, dass die USA die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen würden. Dennoch sollten Einsätze wie die Operation Artemis im Kongo als autonome militärische Operation der EU die Ausnahme bleiben. Er befürchte, dass die geplante EU Rüstungsagentur Europa abschotte und brachte den Wunsch der USA zum Ausdruck, so wie auch der Hohe Repräsentant der EU Zugang zu allen NATO Sitzungen habe, zu entsprechenden EU-Sitzungen eingeladen zu werden. Er kritisierte, dass einige Regierungen nicht einmal die USA darüber unterrichten wollten, was im Konvent über die Zukunft Europas diskutiert worden sei. Befragt, wie er sich die Tatsache erkläre, dass die den Regierungen diesseits und jenseits des Atlantiks vorliegenden Informationen über den Irak und dessen vermeintliche Massenvernichtungswaffen zu

völlig unterschiedlichen Schlussfolgerungen führen konnten, erklärte Botschafter **Burns**, dass die Frage, ob ein Angriff des Iraks richtig oder falsch gewesen sei, sich heute nicht mehr stelle. Es komme jetzt auf die Sicherung des Friedens an. Nicht nachvollziehen könne er das Nichterscheinen einiger Regierungen bei der kürzlich stattgefundenen Geberkonferenz für den Irak. Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) erinnerte daran, dass besonders für die Staatenbildung die Europäer unerlässliche Partner für die USA seien. Er rief dazu auf, zu einem vertrauensvollen Verhältnis innerhalb der NATO zurückzufinden und sprach sich gegen ein eigenes europäisches Hauptquartier aus. Abg. **Karl von Wogau** (Europäisches Parlament) wies darauf hin, dass die geplante Beistandsklausel in der zukünftigen europäischen Verfassung wesentlich schwächer als die des Artikels 5 des Vertrages der Westeuropäischen Union formuliert sei, daher könne er die entsprechenden amerikanischen Befürchtungen nicht nachvollziehen. Abg. **Hancock** (Vereinigtes Königreich) erklärte die Frustration der Europäer hinsichtlich des amerikanischen Vorgehens gegen den Irak damit, dass es keine Debatte über die Entscheidung für oder gegen einen Krieg gegeben habe, sondern lediglich über die Begründung eines Krieges. Botschafter **Burns** hielt dem entgegen, dass ein Angriff zum damaligen Zeitpunkt notwendig gewesen sei, um einen möglichen Angriff mit ABC-Waffen mit unvorhersehbaren Folgen zu verhindern. Er plädierte abschließend für die Spezialisierung der NATO-Streitkräfte.

#### VII. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Mittel- und Osteuropa“ zum Thema „Die Partnerschaften der Allianz: Projektion von Stabilität über die mittel- und osteuropäischen Grenzen der NATO-Staaten hinaus“ von Abg. Marco Minniti (Italien)

Der Berichterstatter Abg. **Minniti** (Italien) stellte fest, dass die Herausforderungen und Probleme der Partnerstaaten der NATO parallele Züge trügen. Besonders problematisch blieben die Organisierte Kriminalität, die Korruption und die Armut. Die NATO-Staaten handelten daher nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch aus einer moralischen Verpflichtung heraus, wenn sie die Partnerländer in ihrem Streben nach Demokratie und marktwirtschaftlichen Strukturen unterstützten. Die EU und die NATO ergänzten sich: Während die NATO die militärischen Reformen unterstütze, helfe die EU im zivilen und wirtschaftlichen Bereich. Die Transformation der Staaten im Kaukasus und in Zentralasien werde durch Armut, politische Instabilität, ethnische Konflikte, Korruption, autoritäre Regime und mangelhafte Transparenz sehr erschwert.

#### Diskussion

Abg. **Zarubinskiy** (Ukraine) verwies auf die gewachsene Zustimmung in der ukrainischen Bevölkerung zur möglichen NATO-Mitgliedschaft, jedoch hingen die Umfrageergebnisse stark von der aktuellen internationalen politischen

Lage ab. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) betonte, das Verhältnis zur islamischen Welt sei von zentraler Bedeutung für die Zukunft. Wesentliche Aufgabe der NATO-Partnerschaften sei es, diese Länder in ihrem Transformationsprozess zu unterstützen und zu stabilisieren. Vor einer Mitgliedschaft müssten jedoch die Kriterien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllt werden. Im Hinblick auf Südosteuropa informierte Abg. **Casule** (Makedonien) über die jüngsten Entwicklungen in seinem Land. Abg. **Forlani** (Italien) zeigte sich beunruhigt über den Anstieg der illegalen Immigration aus dem Kosovo.

Der Bericht wurde vom Ausschuss angenommen.

#### VIII. Vortrag von John C. Hulsmann, Heritage-Stiftung, zum Thema „Überwindung der transatlantischen Kluft“

Angesichts bestehender Differenzen in unterschiedlichen Bereichen, wie Handel, Todesstrafe, Umgang mit „besorgniserregenden Staaten“ und dem Irak, ist nach Einschätzung **Hulsmann** die transatlantischen Beziehungen seit 1990 zunehmend in der Krise geraten. Ein beachtlicher Teil der europäischen politischen Elite sähe die USA als ein Teil des Problems der internationalen Politik und nicht als Teil der Problemlösung. Während die USA die einzige Supermacht blieben, habe es Europa verpasst, eine einheitliche Macht zu werden. Europa treten daher nur als Regionalmacht in Erscheinung. Da Europas militärische Macht auch in Zukunft weiter zurückgehe, werde die amerikanische Außenpolitik weiterhin auf das „Rosenpicken“ setzen und sich von Fall zu Fall Koalitionspartner suchen. Zwar seien Koalitionen der Willigen nur die zweitbeste Lösung, eine Blockade durch Vetoentscheidungen könnte sich die USA aber nicht leisten. Den USA sei an einem schwachen und geteilten Europa gelegen, in dem die EU-Mitgliedstaaten zwar in der Lage seien, den USA bei übereinstimmenden Interessen beizustehen, jedoch zu schwach seien, die USA in Bereichen zu blockieren, die deren nationale Sicherheit berührten.

#### IX. Personalien

Der Ausschuss wählte Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) zum dritten stellvertretenden Vorsitzenden. Für den Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ wurde Abg. **Ruprecht Polenz** (Deutschland) zum Berichterstatter und Abg. **Sanner** (Norwegen) zum dritten stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Mittel- und Osteuropa gewählt.

#### X. Zukünftige Aktivitäten

Abschließend teilte der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ Abg. **Pastusiak** (Polen) den Mitgliedern die für 2004 geplanten Aktivitäten mit: Besuche seien in den USA und in Deutschland geplant. Thematisch werde sich der Unterausschuss mit den transatlantischen Beziehungen nach dem Irakkrieg, den Beziehungen der NATO zur EU und der Rolle der Vereinten Nationen für den internationalen Frieden befassen. Der

Vorsitzende des Unterausschusses „Mittel- und Osteuropa“ Abg. **Markus Meckel** informierte über geplante Besuche in Serbien, Montenegro und Armenien. Thematisch werde sich der Unterausschuss mit der Sicherheit in Ost- und Zentraleuropa, den NATO-Partnerschaften sowie dem Südkaukasus befassen.

## Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

### I. Tagesordnung und Themen (Übersicht)

Der Ausschuss tagte am 8. und 9. November 2003. Hauptthemen der Beratungen waren die Auswirkungen des Irakkrieges auf die NATO, die Bedeutung des Kampfes gegen den Terror, das Verhältnis der NATO zur EU und die Sicherheitsrisiken durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

### II. Vortrag des Chefs des Generalstabes der US-Streitkräfte, General Richard B. Myers, über „Die Umwandlung der NATO angesichts der neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“

General **Myers** führte aus, dass die NATO als Bündnis von Demokratien seit Ende des Kalten Krieges so wichtig wie nie zuvor sei. Angesichts der höchst unvorhersehbaren Sicherheitsrisiken, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie des Terrorismus entwickle sich die NATO von einer statischen, reaktiven und europazentrierten zu einer flexiblen, aktiven und global ausgerichteten Organisation. Die neu formierten NATO-Reaktionskräfte seien hierfür ein Beispiel. Hauptlehre aus dem Einsatz in Afghanistan sei die Notwendigkeit einer effektiveren Entscheidungsfindung. Dies erfordere sowohl die schnelle Weitergabe von Informationen an die Entscheidungsträger als auch eine Änderung von Verfahren innerhalb der NATO als Organisation sowie innerhalb der Regierungen. Notwendige Grundlage seien vorausschauende Planung, Überprüfung der tatsächlichen Einsatzmöglichkeiten und eine entsprechende Kommandostruktur. Mögliche Schwachpunkte der Allianz erläuterte er anhand einer Videosimulation von Bedrohungen, die für die NATO-Ministertagung im Oktober in Colorado Springs erstellt worden war. Diese veranschaulichte den Einsatz von NATO-Reaktionskräften, die Evakuierung von Zivilisten sowie einen seegestützten Angriff.

### Diskussion

Auf Nachfrage des Abg. **Buzea** (Rumänien) erklärte **General Myers**, dass die Interoperabilität der Waffen sowie die gleichwertige Ausbildung der Truppeneinheiten innerhalb des Bündnisses als wichtiges Ziel noch nicht voll erreicht sei. Auf die Frage des Abg. **Forcieri** (Italien) zur Bedeutung der Vereinten Nationen (VN) erklärte **General Myers**, dass unter militärischen Gesichtspunkten die VN und ihr Sicherheitsrat nicht schnell genug reagierten wie beispielsweise in Liberia. Die VN müssten und könnten aber im politischen Prozess sowie in der Stabilisierung und bei der anschließenden Auf-

rechterhaltung des Friedens eine bedeutende Rolle spielen. In diesem Sinne sei eine Zusammenarbeit der NATO und der VN zur gegenseitigen Unterstützung erstrebenswert. Abg. **Helmut Rauber** (Deutschland) wies auf die Probleme einer Verdoppelung der Strukturen und Ausstattung zwischen den NATO-Reaktionskräften und der entsprechenden Arbeit im Rahmen des Planziels der EU hin. Nur bei einer entsprechend engen Abstimmung der Streitkräfteentwicklung könnten beide Seiten gewinnen. Abg. **Lellouche** (Frankreich) teilte dieses Anliegen und machte deutlich, dass nicht jeder Anti-Terror-Einsatz der Europäer von der Teilnahme der US-Amerikaner abhängig gemacht werden könne. Nach Ansicht **General Myers** ist im Rahmen der Umsetzung der EU-NATO-Dauervereinbarungen „Berlin-Plus“ eine transparente Planung Voraussetzung für eine bessere militärische, finanzielle und politische Zusammenarbeit. Erste Bewährungsprobe sei der Einsatz Concordia in Mazedonien; er sähe aber grundsätzlich kein Problem für eine gute Zusammenarbeit. Verschiedene Abgeordnete (**Morillon**, Europäisches Parlament; Senator **Gubetti**, Italien; **Assadourian**, Kanada) forderten ausreichend Zeit für die politische Entscheidungsfindung. Hierzu sei insbesondere die zügige und abgestimmte Weitergabe der verschiedenen Informationen notwendig. Die Politiker könnten ihre Verantwortung nicht an die Militärs abgeben; daher müssten rechtzeitig politische Vorgaben für die Reaktion auf die Bedrohung, beispielsweise durch Massenvernichtungswaffen, gegeben werden. **General Myers** räumte in einer persönlichen Stellungnahme ein, dass die effiziente Informationsverteilung als die wesentliche Herausforderung noch immer nicht verfahrenstechnisch endgültig geklärt sei.

### III. Stellvertretender Abteilungsleiter für Europäische und NATO-Angelegenheiten im US-Verteidigungsministerium, Ian Brzezinski

Anschließend gab **Brzezinski** einen Überblick über die maßgeblichen Veränderungen in der Allianz im vergangenen Jahr, das aus seiner Sicht seit der Ministerkonferenz in Prag sehr dynamisch und positiv für das Bündnis verlaufen sei. Die Ausweitung des ISAF-Mandates in Afghanistan habe die Diskussion über „out-of-area-Einsätze“ beendet. Die Reform der NATO-Kommandostrukturen sei auf gutem Wege, die NATO Reaktionskräfte seien ein Motor der Allianz. Zu begrüßen seien auch die „Berlin Plus“-Abkommen sowie die Entwicklung chemischer, biologischer und nuklearer Verteidigungsfähigkeiten. Der Einsatz in Bosnien habe allerdings zugleich die Mängel der NATO gezeigt. In der nachfolgenden Diskussion plädierten die Abg. **Lellouche** (Frankreich), **Miranda Calha** (Portugal) und **Morillon** (Europäisches Parlament) für eine Entdramatisierung des Verhältnisses zwischen der NATO und der EU, da bereits aufgrund der finanziellen und militärischen Voraussetzungen keine Konkurrenz beider Organisationen entstehen könne, die ohnehin politisch nicht gewollt sei.

#### IV. Forschungsbeauftragter des Zentrums für Strategische und Internationalen Studien in den USA, Clark Murdock

Als letzter Gastredner stellte **Murdock** auf der Grundlage des Vierjahresberichts des US-Verteidigungsministeriums von 2001 die Veränderungen der US-Militärpräsenz in Europa dar. Diese müssten sich an den neuen Bedrohungen und Herausforderungen ausrichten und erforderten u.a. neue Kombinationen unmittelbar einsetzbarer Streitkräfte in vorderster Linie und der Fähigkeit, den Gegner mit nur wenig Verstärkung zu schlagen.

#### V. Entwurf eines Generalberichts zur „Irak-Krise und ihren Auswirkungen auf das Bündnis“ von Abg. Pierre Lellouche (Frankreich)

Abg. **Lellouche** (Frankreich) stellte seinen Entwurf eines Generalberichts vor. Der Krieg selber sei sehr schnell und erfolgreich beendet, die Herausforderungen des politischen Wiederaufbaus seien aber unterschätzt worden. Die Meinungsunterschiede in der Vergangenheit sollten vergessen werden und Europa beim Wiederaufbau des Irak und zur schnellen Wiedererlangung der Souveränität tatkräftig mitwirken, um die von einem instabilen Irak ausgehenden Gefahren zu bekämpfen. In der anschließenden Diskussion begrüßte die Mehrzahl der Redner, insbesondere Abg. **Campbell** (Vereinigtes Königreich), **Pavlidis** (Griechenland), **Juholt** (Schweden), **Lord Clark of Windermere** (Vereinigtes Königreich) die akkurate Darstellung der Ereignisse; nicht alle aber teilten die Forderung nach einem stärkeren Engagement der Allianz im Irak. Abg. **Erdem** (Türkei) wollte der Situation im Irak nicht die gleiche grundlegende Bedeutung für das Verhältnis des Bündnisses mit der islamischen Welt beimessen. Allerdings unterstützte er die Notwendigkeit gemeinsam abgestimmter Anstrengungen für den Wiederaufbau. Abg. **Boucheron** (Frankreich) unterstrich, dass die Suche nach Massenvernichtungsmitteln das falsche Ziel war und der Krieg nicht nachträglich durch andere Ziele gerechtfertigt werden sollte. Pakistan stelle im Übrigen nach wie vor eine größere Gefahr für den Terrorismus dar als der Irak; ihm müsse das größere Augenmerk gelten. Grundlegend sei die Frage nach der Modernisierbarkeit des Islam: von seiner fundamentalistischen Ausprägung zu einer modernen Trennung zwischen Religion und Staat. Abg. **Pavlidis** (Griechenland) forderte eine starke Rolle der VN. Abg. **Winfried Nachtwei** (Deutschland) bezeugte dem Berichterstatter gerade wegen seiner Minderheitenposition in Europa besonderen Respekt, erhob aber drei Einwände: Die ursprüngliche Begründung für den Krieg sei durch falsche Informationen, die Verdeckung des wahren Motivs des Regimewechsels und die teilweise nur ideologisch statt offensiv demokratisch geführte Mission geschwächt. Zwar seien alle froh, dass der Krieg so schnell beendet worden sei, die Vernachlässigung des Friedensaufbaus sei vor den Erfahrungen des Balkankrieges aber unverständlich. Die daraus folgende Stärkung des islamischen Fundamentalismus gebe dem

internationalen Terrorismus zusätzlichen Nährboden und stelle daher einen Rückschritt im Kampf gegen den Terrorismus dar. Abg. **Helmut Rauber** (Deutschland) unterstrich die Notwendigkeit, nun den Blick nach vorne zu richten, da ein Erfolg im Irak das gemeinsame Interesse der Allianz sei. Er teile die Auffassung der Bundesregierung, dass die Bundeswehr, die derzeit mehr als 8 000 Soldaten im Ausland einsetze, nicht überfordert werden dürfe. Es stelle sich die Frage der Effizienz der Militäreinsätze; so seien für die Unterstützung eines Soldaten in Afghanistan sechs bis acht Soldaten zu Hause notwendig. Die USA könne durch ein stärkeres Engagement auf dem Balkan auch mit nicht militärischen Mitteln – zum Beispiel dem Technischen Hilfswerk – unterstützt werden.

In seinen Antworten führte Abg. **Lellouche** (Frankreich) aus, dass die USA anders als Frankreich und Großbritannien mangels kolonialer Vergangenheit schlechtere Voraussetzungen für den zivilen Aufbau von Staaten mitbrächten; daher sei gerade deren Engagement bei der „Rekolonialisierung zerfallender Staaten“ von erheblicher Bedeutung. Der Vorsitzende schlug die Ersetzung des Begriffs „Rekolonialisierung“ durch „Restabilisierung“ vor. Abg. **Lellouche** kritisierte die Verminderung der Streitkräfte seit dem Ende des Kalten Krieges, die jetzt zu Schwierigkeiten beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus führten. Die Arbeitsaufteilung zwischen den USA und Europa dürfe nicht zu einer Reduzierung der europäischen Kräfte auf reine Aufräumarbeiten führen. Gerade die französischen Interventionskräfte seien sehr effizient.

Der Generalbericht wurde angenommen.

Die deutsche Delegation, unterstützt von Abg. **Pastusiak** (Polen) sowie Abg. **Marsic** (Slowenien), brachte die Hälfte der zwölf Änderungsanträge zur vorgelegten Entschließungen mit dem Ziel ein, insbesondere die Rolle der internationalen Gemeinschaft – vor allem der VN – im Irak wie auch die Bedeutung des Anti-Terrorkampfes in Afghanistan zu betonen. Ein Antrag zur rechtsstaatlichen Behandlung von Gefangenen wurde nach eingehender Diskussion abgelehnt.

Die Entschließung wurde nach ausführlicher Debatte im Ausschuss angenommen.

#### VI. Entwurf eines Sonderberichts „Fortschritte im Krieg gegen den Terrorismus“ von Abg. John Shimkus (Vereinigte Staaten) und Senator Alejandro Muñoz-Alonso (Spanien)

Abg. **Shimkus** (Vereinigte Staaten) und Senator **Muñoz-Alonso** (Spanien) stellten ihren Entwurf eines Sonderberichts vor. Seit dem Krieg in Afghanistan seien gewisse Fortschritte erzielt worden. Der Terrorismus habe sein Gesicht verändert. Um ihren Krieg gegen den Westen zu führen, versuchten Terroristen, in den Besitz von Massenvernichtungsmitteln zu gelangen. Präventive Maßnahmen müssten sich gegen Finanzquellen des Terrorismus und zerfallende Staaten richten. In der anschließenden Debatte forderten zahlreiche Abgeordnete die Aufnahme

auch nationaler Terrorgruppen wie ETA, PKK, IRA oder rechtsextremer Organisationen in den Bericht. Andere (Abg. **Tennila**, Finnland; **Bayley** Vereinigtes Königreich) wiesen gegen den Widerspruch der Berichterstatter auf Ursachen des Terrorismus wie Armut und mangelnde demokratische Teilhabe hin. Abg. **Kox** (Niederlande) stellte den Begriff des „Krieges gegen der Terrorismus“ infrage, da die NATO kein Weltpolizist und auf diese Bedrohungen nicht ausgerichtet sei.

Der Sonderbericht wurde angenommen.

#### **VII. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Fortschritte der zum NATO-Beitritt eingeladenen Staaten bei den militärischen Reformen“ von Abg. David Price (Kanada)**

Der Ausschuss nahm den von Abg. **Price** (Kanada) vorgestellten Entwurf des Berichts des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ an, der durch schriftlich vorgelegte Informationen der Delegationen Bulgariens, Litauens und der Slowakei ergänzt werden soll.

#### **VIII. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Reform der NATO-Führungsstrukturen und die NATO-Reaktionskräfte“ von Abg. Julio Miranda Calha (Portugal)**

Der von Abg. **Miranda Calha** (Portugal) vorgestellte Berichtsentwurf des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit“ unterstrich die zunehmend komplementäre und nicht wetteifernde Zusammenarbeit der Strukturen der NATO und der EU. Der Bericht wurde angenommen.

#### **IX. Personalien**

Alle zur Wiederwahl anstehenden Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt. Abg. **Miranda Calha** (Portugal) wurde zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ gewählt. Abg. **Shimkus** (Vereinigte Staaten) und Abg. **McGuire** (Kanada) wurden gemeinsame Berichterstatter im genannten Unterausschuss, dessen dritter Vorsitzender Senator **Branger** (Frankreich) wurde. Abg. **Erdem** (Türkei) wurde Vorsitzender des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“, zu dessen zweitem Vorsitzenden Abg. **Ribeiro** (Portugal) gewählt wurde.

#### **Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 8. November 2003, unter dem Vorsitz des Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten).

#### **I. Überblick über Tagesordnung und Themen**

Hauptthemen waren die Zusammenhänge zwischen Globalisierung, freiem Handel, wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit und die transatlantischen Handelsbeziehungen.

#### **II. Vortrag des Co-Direktors des Internationalen Zentrums für internationale Wirtschaftsfragen an der Universität von Maryland, Professor Arvind Panagariya**

Zentrales Thema des Vortrages von Prof. **Arvind Panagariya** war die Frage, ob die Kritiker des freien Handels Recht hätten. Sie stützen ihre Kritik am freien Handel darauf, dass in der Phase der weltweiten Globalisierung, also in den 80er- und 90er-Jahren, die Entwicklungsländer zunehmend verarmt seien.

Er zeigte die vielen Facetten der Globalisierung auf und den Unterschied zwischen freiem Handel und Kapitalfluss. Er hob hervor, dass immer dann, wenn ein Entwicklungsland sein Wachstum vorantrieb, freier Handel eine wesentliche Rolle spielte und umgekehrt immer wenn das Wachstum gering war, freier Handel unterbunden worden sei. Dies beweise den Bezug zwischen wirtschaftlicher Offenheit und wirtschaftlichem Wachstum. Prof. **Panagariya** verdeutlichte an der Entwicklung zweier Länder seine These: Südkoreas Exportrate sei parallel zum Bruttosozialprodukt von 5,3 % 1961 auf 33,1 % im Jahr 1980 gestiegen, während in Indien mit seinem geschützten Handel die Exportrate von 3,4 % 1970 auf nur 6 % im Jahr 1980 geklettert sei. Ohne die Handelsliberalisierung hätte Südkorea wohl nicht diese Wachstumsrate erreichen können. Freier Handel sei notwendige Voraussetzung, jedoch keine Garantie für Wachstum.

Prof. **Panagariya** gab einen Überblick über die erhobenen Daten aus 200 Ländern und unterschied dabei zwei verschiedene Zeitperioden, von 1961 bis 1980 und von 1980 bis 1999. Er zeigte auf, dass es in der Zeit von 1980 bis 1999 mehr „Debakelländer“ – mit rückläufigem Wachstum – gegeben habe als von 1961 bis 1980. In den Jahren von 1961 bis 1980 hingegen habe es mehr „Wunderländer“ mit einem Wachstum von über 3 % im Jahr gegeben. Er erklärte, dass Länder mit hohen Wachstumsraten viel ex- und importierten. Länder mit rückläufiger Armut hätten sich dem freien Handel geöffnet, China z. B. habe phänomenale Wachstumsraten zu verzeichnen. Er fasste zusammen, dass es kein Rezept gäbe, das für alle Länder gleichermaßen gelte, sondern die wirtschaftliche Entwicklung immer von verschiedensten Faktoren und spezifischen Problemen abhänge, aber die Rolle des freien Handels als Triebkraft für wirtschaftlichen Aufschwung sollte nicht unterschätzt werden.

In der folgenden Diskussion fragte Abg. **Rodriguez** (Portugal) nach der Reihenfolge der Einzelmaßnahmen: Unterstützung des freien Handels und Vorbereitung auf wirtschaftliche Entwicklung durch Infrastrukturmaßnahmen oder ob sogar eine parallele Umsetzung förderlich sei. Prof. **Panagariya** erwiderte, diese Frage werde ihm oft

und seiner Meinung nach zu sehr in den Mittelpunkt gestellt. Es sei innenpolitisch oft leichter, auf der Handelsseite anzufangen. Jedoch müsse der Kampf an allen Fronten geführt werden, d. h. auch strukturelle und infrastrukturelle Probleme müssten angegangen werden. Offenheit sei wichtig, man könne aber nicht vorhersagen, wann Wachstumsprozesse greifen.

Abg. **Hatzigakis** (Griechenland) hob die positiven Seiten der Globalisierung wie die Fortschritte im Bereich der Gesundheit, Demokratie und sozialen Gerechtigkeit hervor. Er sehe jedoch eines der Hauptprobleme bei den internationalen Finanzinstitutionen, denn diese würden die Spielregeln festlegen. Die Bedürfnisse der Geldgeber würden stärker berücksichtigt als die der Empfängerländer. Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der Bedeutung von Migration für wirtschaftliche Entwicklung. Das Scheitern von Cancun sei eine verlorene Chance für die Entwicklungsländer gewesen. Prof. **Panagariya** erklärte, Migration sei ein wichtiger Katalysator, zumal die Reformen durch die im Ausland Lebenden vorangetrieben würden. Der Erfolg der Doha-Runde sei ganz wichtig für die Weltgemeinschaft, es stehe sehr viel auf dem Spiel. Die Verhandlungen müssten deshalb wieder aufgenommen werden, da man in Cancun nur einen Tag von einer Lösung entfernt gewesen sei.

### III. Vortrag des „Senior Research Fellow“ am Institut für internationale Wirtschaftsfragen in Washington, Dr. John Williamson

**Dr. John Williamson** stellte in seinem Vortrag den Begriff des „Washingtoner Konsens“, den er im Jahre 1989 kreiert habe, vor. Er habe damals in seinem Papier eine Strategie beschreiben wollen, die den Ländern Lateinamerikas bei der Lösung ihrer Probleme hilfreich sein sollte. Dazu habe er zehn Reformansätze zusammengefasst: fiskalische Disziplin, Umstellung der öffentlichen Ausgaben, Steuerreform, Liberalisierung der Zinsrate, wettbewerbsfähiger Devisenkurs, Liberalisierung des Handels, Liberalisierung der Direktinvestitionen aus dem Ausland, Privatisierung, Deregulierung und Stärkung von Eigentumsrechten. Die drei großen Bestandteile der Reformansätze waren makroökonomische Disziplin, Marktwirtschaft und Offenheit für den freien Handel.

In den folgenden Jahren habe es drei verschiedene Auslegungen seines Begriffes und der Reformansätze gegeben. Es wurde auch kritisiert, dass der Konsens nicht vollständig sei. Er ergänzte folgende Strategien: antizyklische Finanzpolitik, Stabilisierung der eigenen Wirtschaft durch eine Ablehnung von zuviel externer Finanzunterstützung, Einschränkung der Kreditaufnahme – weil diese oft mit der Abwertung der eigenen Währung einhergehe –, Förderung von Investitionen und gerechtere Verteilung des Wohlstandes. Ein Schlüssel sei auch, die Armen ein eigenes Vermögen aufbauen zu lassen. In Lateinamerika erreichten nur 1 bis 2 % der Mikrokreditprogramme die Bedürftigen, in Asien seien es 50 %. Man müsse bei dem Begriff „Washingtoner Konsens“ immer auf die zugrunde liegende Definition achten. Er selbst wolle die Teilbereiche Stabilisierung der Realwirtschaft, Investitionen und Einkommensreform ergänzen.

Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) sprach die wachsenden Defizite in Europa und den USA an. **Dr. Williamson** kritisierte den Stabilitäts- und Wachstumspakt, weil er die Unterschiede in Europa nicht berücksichtige. Man müsse zyklische Entwicklungen berücksichtigen. In den USA gäbe es keinerlei antizyklische Elemente in der Wirtschaft, diese Situation werde durch höhere Zinsen noch verstärkt. Außerdem wies er auf die demographische Entwicklung hin.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) erbat eine Bewertung der Reform in Russland. **Dr. Williamson** erklärte, in Russland seien einige Fehler begangen worden, wie die Verteidigung des festen Wechselkurses; der Übergang hätte besser funktionieren können. Ein wettbewerbsfähiger Rubel sei besser für die Wirtschaft. Positive Steuerungen gebe es in Zeiten einer Rezession oft nur dann, wenn Wahlen bevorstünden. Hier bestehe die Gefahr des Missbrauchs. Die Regierungen müssten auch lernen, dass nicht nur in Zeiten wirtschaftlicher Rezession Ausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft wichtig seien. Abg. **van Gennip** (Niederlande) fragte nach Prioritäten für Entwicklungshilfe. **Dr. Williamson** sprach sich dafür aus, mehr Eigenverantwortung in die Empfängerländer zu verlagern und die Programme nach den Prioritäten der Länder auszurichten. Die Geberländer sollten das Geld poolen, sich aus der Feinanpassung zurückziehen und den Empfängern mehr Freiräume einräumen. Einige der Millenniumsziele seien nicht erreicht worden, z. B. eine gerechtere Einkommensverteilung. Es sei aber falsch, sich jetzt zurückzuziehen. Man komme den Zielen nur durch weiteres Bemühen näher. Abg. **Hatzigakis** (Griechenland) sprach das Schuldenproblem gerade der hochverschuldeten Länder an.

Der Vorsitzende Abg. **Gillmor** (Vereinigte Staaten) wies auf den Besuch des Ausschusses im nächsten Jahr in Washington hin. Man wolle einen Informationsbesuch im Institut für internationale Wirtschaftsfragen einplanen.

### IV. Berichtsentwurf des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“: „Die russische Wirtschaft unter Präsident Putin“ von Abg. Harry Cohen (Vereinigtes Königreich)

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) stellte den Berichtsentwurf vor, der einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und den politischen Wandel in Russland beinhaltet. Des Weiteren beschrieb er die noch bestehenden Defizite und Bestrebungen der Regierung auf dem Weg der Annäherung an den Westen. Er zeigte die negative Wirkung der Yukos-Affäre auf das internationale Vertrauen in die russische Wirtschaft auf.

Abg. **van Gennip** (Niederlande) bat in der folgenden Diskussion darum, in dem Bericht eine Passage zur Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft vorzusehen. Er sprach die Privatisierung der Bergbauindustrie an. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) entgegnete, dass in den genannten Fällen die letzte Entscheidung darüber bei der russischen Regierung läge.



Abg. **Ariglu** (Türkei) hob die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Türkei hervor und die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplanes. Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) benannte verschiedene Korrekturwünsche am Bericht, damit dieser noch glaubwürdiger sein könne. Der „Krieg in Tschetschenien“ solle als „Antiterrormaßnahme“ bezeichnet, die „Einschüchterung der Massenmedien“ und der Kommentar zum Vertrauen in das russische Finanzsystem umformuliert werden. Insgesamt lobte er den Bericht aber als gut und hilfreich. Auf die Frage des Abg. **Akgül** (Türkei) nach der strukturellen Entwicklung der russischen Armee erwiderte Abg. **Cohen**, der Umfang der Truppen sei bereits reduziert worden und er hoffe, dass die finanziellen Mittel in die wirtschaftliche Entwicklung investiert würden. Er unterstützte die Aussage des Abg. **Hatzigakis** (Griechenland) nach der Notwendigkeit einer vertieften Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland.

Der Bericht wurde vom Ausschuss vorbehaltlich der noch vom Berichterstatter vorzunehmenden Anpassungen einstimmig angenommen.

#### **V. Entwurf eines Sonderberichts „Die Auswirkung des von Afghanistan ausgehenden Drogenhandels und seine Gefahren für Europa“ von Sonderberichterstatter Abg. Victor Voitenko (Russische Föderation)**

Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) zeigte in seinem Sonderbericht die Auswirkungen des von Afghanistan ausgehenden Drogenhandels auf Europa auf. Er gab einen Überblick über den Umfang der Drogenproduktion in Afghanistan und die Anstrengungen, die Russland unternommen habe, den illegalen Handel einzudämmen.

In der anschließenden Diskussion erklärte Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) auf die Frage des Abg. **Rodrigues** (Portugal) nach dem Sicherheitsgürtel um Afghanistan, Russland könne das Problem nicht alleine bewältigen und die Kosten nicht alleine tragen. Die Zusammenarbeit mit Anrainerstaaten wie Tadschikistan sei entscheidend für eine wirksame Eindämmung. Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, die so genannte Westpassage über die Türkei, Pakistan und den Iran sei für Europa das größere Problem. Er erwähnte die nationale Drogenkontrolle des afghanischen Präsidenten Karzai. Abg. **Voitenko** (Russische Föderation) entgegnete, die Transportwege hätten sich verändert, die so genannte Nordroute über die zentralasiatischen Staaten und Russland würde inzwischen viel stärker frequentiert, weil der Iran nicht mehr als Durchgangsland genutzt werden könne. Auch kämen inzwischen 70 % der Drogen aus Afghanistan, allein im Jahr 2003 wäre der Anbau von Mohn um 30 % gestiegen.

Der Bericht wurde vom Ausschuss mit kleinen Änderungen angenommen.

**VI.** Der Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) gab anschließend eine kurze Übersicht über die im Jahr 2004 an-

stehenden Besuche des Unterausschusses für Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz. Im September sei ein Besuch in Ungarn und Österreich und im Oktober ein Besuch in Lettland geplant.

#### **VII. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“: „Die Verhandlungen von Doha: Wirtschaftliche Entwicklung und transatlantische Handelsbeziehungen“ Ko-Berichterstatter Abg. Mike Gapes (Vereinigtes Königreich) und John Tanner (Vereinigte Staaten)**

Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) stellte zur Einführung in den Berichtsentwurf fest, nach Cancun sei den Industrieländern die tragende Rolle für das Scheitern der Verhandlungen angelastet worden, auch die Entwicklungsländer hätten einen Teil der Verantwortung zu tragen. Alle müssten lernen, zwischen Machbarem und Unrealistischem zu unterscheiden. Die Doha-Runde sei nicht beendet, hätte aber natürlich Schaden genommen. Er wolle in dem Bericht noch einige kleine Änderungen zu diesem Thema vornehmen.

Abg. **Tanner** (Vereinigte Staaten) ergänzte, sowohl in den USA als auch in Europa seien immer wieder Schutzzölle ein Thema. Er beschrieb kurz die politischen Probleme seines Landes bezüglich der WTO-Entscheidung zu den Stahlzöllen.

Der Bericht wurde vom Ausschuss angenommen und den Ko-Berichterstattern der Spielraum für kleine Änderungen eingeräumt.

**VIII.** Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) stellte für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ als Programm für das Jahr 2004 Besuche bei der OECD in Paris und im Juni einen Besuch in Washington D.C. und San Diego vor.

#### **IX. Entwurf eines Generalberichts „Die wirtschaftliche Entwicklung aus dem Blickwinkel der Sicherheit“ von Generalberichterstatter Abg. Jos van Gennip (Niederlande)**

Abg. **van Gennip** (Niederlande) erklärte, wirtschaftliches Wachstum sei Grundvoraussetzung für Sicherheit in den Krisenregionen der Welt. Militärschläge sollten nicht die erste, sondern die letzte Maßnahme sein, sie zeigten oft, dass man gescheitert sei und das Problem nicht anders habe lösen können. Erneut problematisierte er bestimmte Vorgaben bei der Gewährung von Entwicklungshilfe.

Abg. **Tanner** (Vereinigte Staaten) bat um eine Aktualisierung des Berichts bei spezifischen Angaben, dies sei nicht als Kritik zu verstehen. Abg. **Forlani** (Italien) erklärte, der Bericht betone die Notwendigkeit des Handelns. Wichtig sei, die enge Verbindung zwischen Sicherheit und wirtschaftlichem Wachstum in einer Gesellschaft zu sehen. Terrorismus und illegale Einwanderungen seien Auswüchse bestehender Defizite. Auch er

sprach sich für die Förderung der Autonomie der Entwicklungsländer aus. Gleiche und gerechte Bedingungen für die Marktzugänge, das hätte auch Cancun gezeigt, seien anzustreben.

Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) wies auf ein Problem der irakischen Wirtschaft hin, nämlich 60 bis 65 % Arbeitslose: Dieser Zustand schüre die Unzufriedenheit und verstärke die schwierige Situation zusätzlich. Man solle sich bemühen, irakische Arbeitskräfte einzustellen und nicht Personal aus den USA und Europa zu „exportieren“. Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) bat um Berücksichtigung der Ergebnisse der Geberkonferenz im Oktober in Madrid. Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) betonte, in Madrid seien 33 Mrd. US-\$ in den nächsten drei Jahren dem Irak zugesagt worden, dabei dürfe man jedoch auch andere bedürftige Länder in Zukunft nicht vergessen.

Der Bericht wurde vom Ausschuss angenommen. Kleine aktualisierende Änderungen sollen entsprechend eingearbeitet werden.

## X. Entschließungsentwurf

Anschließend stellte der Generalberichterstatter den Entwurf einer Entschließung zum Thema wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit vor. In der Debatte über die verschiedenen Änderungsanträge hoben insbesondere Abg. **Monika Heubaum** (Deutschland) und Abg. **Reitzer** (Frankreich) hervor, dass der Text ein zu negatives Bild von der europäischen Agrarpolitik (GAP) zeige. Abg. **Bayley** und Abg. **Gapes** (Vereinigtes Königreich) erklärten, es sei ganz wesentlich, auch den negativen Einfluss der EU-Agrarpolitik auf die Landwirte der Entwicklungsländer aufzuzeigen. Gerade bei der Liberalisierung der Märkte sei insbesondere an die Landwirtschaft der Entwicklungsländer zu denken. Des Weiteren wurde das Problem der Unterscheidung von Militärstreitkräften und humanitärem Hilfspersonal in Konfliktsituationen erörtert. Außerdem wurde die Rolle der UN im NachkriegsIrak debattiert und eine Formulierung gewählt, die auch die Interessen der USA berücksichtigt. Die Entschließung wurde in geänderter Form beschlossen.

## XI. Mandatserneuerung per Akklamation

Alle Mandatsträger wurden per Akklamation wiedergewählt.

### Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

#### I. Tagesordnung und Themen

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am 8. und 9. November 2003 unter dem Vorsitz von Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich). Hauptthemen waren der Schutz der Zivilbevölkerung, Drogen- und Menschenhandel, die Lage im Kosovo und auf dem Balkan, die Rolle der NATO in Afghanistan und der Schutz nationaler Minderheiten in den baltischen Staaten.

#### II. Entwurf eines Generalberichts „Zivilschutz – ein allgemeiner Überblick“, von Generalberichterstatterin Abg. Verena Wohleben (Deutschland)

Abg. **Verena Wohleben** (Deutschland) stellte ihren Generalbericht vor. Zusammenfassend stellte sie fest, dass sich auf internationaler und nationaler Ebene einige Fortschritte beim Zivilschutz bemerken ließen. Auf internationaler Ebene sei eine Koordinierung der Maßnahmen erforderlich. Beim Zivilschutz bestehende Lücken zu schließen, sei eine wichtige Aufgabe der Regierungen.

In der darauffolgenden Debatte sprach sich Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) für eine stärkere Dynamik im Hinblick auf das Biowaffenübereinkommen von 1972 aus, das den neueren Entwicklungen des Chemie- und Biowaffenterrorismus Rechnung tragen müsse. Abg. **Folliot** (Frankreich) und **Rebello** (Portugal) erkundigten sich nach der Rolle der Streitkräfte im Hinblick auf den Zivilschutz in Deutschland. Da der Zivilschutz in Deutschland den Bundesländern unterstehe, könnten die Streitkräfte nicht zu diesem Zweck herangezogen werden. Abg. **Erwin Marschewski** (Deutschland) erklärte, dass dem Bundestag die Entscheidung zufallen müsse, ob ein Verteidigungsfall vorliege und die Bundeswehr zu entsenden sei. Während die Bundeswehr gegenwärtig über Mittel gegen einen chemisch-biologischen Angriff verfüge, dürfe die Polizei diese Mittel nicht einsetzen. Dies müsse sich ändern. Abg. **Clapham** (Vereinigtes Königreich) wies auf den problematischen Zielkonflikt hin, der zwischen dem Schutz der Zivilbevölkerung vor terroristischen Angriffen und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte bestehe. Generalberichterstatterin Abg. **Verena Wohleben** vertrat die Auffassung, dass der Einzelne auch Einschränkungen hinnehmen sollte, wenn es um seine persönliche Sicherheit gehe. Die Einschätzung der Bedrohung sei asymmetrisch, da man sie vorher nicht abschätzen könne. International sei eine stärkere Koordinierung notwendig. Abg. **Gemelli** (Europäisches Parlament) plädierte für eine stärkere Kontrolle von Leichtwaffen und regte insbesondere die Einführung eines „Konzepts der Verhältnismäßigkeit“ an, nach dem das Recht auf persönliche Freiheit und der Zivilschutz in einem angemessenen Verhältnis zueinander gesetzt werden müssen. Der Generalberichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

#### III. Vortrag des Direktors der Bereitschafts- abteilung der Föderalen Notfallbewältigungsagentur im amerikanischen Ministerium für Heimatschutz, David Paulison zum Thema: „Die Lehren des 11. September im Hinblick auf die Verbesserung des Zivilschutzes in den Vereinigten Staaten“

**Paulison** beschrieb zunächst die Gliederung des nach dem 11. September 2001 geschaffenen Heimatschutzministeriums in vier Direktionen. Die Strategie seiner Abteilung ziele darauf ab, die Bereitschaft und die Kapazitäten erheblich zu verbessern. Um einen möglichst weit

reichenden Zivilschutz zu erreichen, würden auch Freiwillige mit einbezogen. Entscheidend sei, für alle möglichen Formen von Notfällen gewappnet zu sein. Auf bundesstaatlicher Ebene gebe es daher ein Programm zum Eingreifen bei Katastrophen auf nationaler Ebene. Ein nationales Informationssystem gewährleiste die Interoperabilität und Kommunikation zwischen allen Ebenen.

### Diskussion

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden **Mahon** (Vereinigtes Königreich) bezifferte **David Paulison** den Haushalt seiner Abteilung für das Jahr 2004 auf 1 Mrd. US-\$. Auf die Forderung von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) nach einem allgemeinen Pockenimpfschutz für die gesamte Bevölkerung erwiderte **Paulison**, dass genügend Impfstoffe vorhanden seien, eine Impfung jedoch freiwillig erfolge. Auf die Frage von Senator **Roman** (Rumänien), wie eine wirksame Kooperation zwischen dem Heimatschutzministerium, dem FBI und den stark dezentralisierten Polizeikräften sichergestellt werde, antwortete **Paulison**, dass die Trennung von FBI und Heimatschutzministerium die Herangehensweise aus verschiedenen Perspektiven ermögliche und daher die Trennung sinnvoll sei. Der Informationsfluss zwischen den verschiedenen Instanzen funktioniere mittlerweile sehr gut und die Polizeistellen tauschten regelmäßig Informationen untereinander aus. Auch der Privatsektor sei aufgefordert worden, Rettungsteams in den Unternehmen einzurichten. Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) und Abg. **Moser** (Österreich) sorgten sich um die Wahrung der Persönlichkeitsrechte bei den äußerst strengen Einreisekontrollen in die USA, die wiederum von **Paulison** und Abg. **Boozman** (Vereinigte Staaten) für notwendig erachtet wurden, um die Sicherheit der Reisenden zu gewährleisten. Abg. **Bettendorf** (Luxemburg) schließlich warf die Frage auf, ob nicht die eigentliche Gefahr darin bestehe, dass die Bevölkerung in eine allgemeine Panik ausbreche.

#### IV. Entwurf eines Sonderberichts „Der Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Terrorismus im Rahmen des neuen militärischen Verteidigungskonzepts der NATO“, von Sonderberichterstatter Senator Petre Roman (Rumänien)

Senator **Roman** (Rumänien) erläuterte, dass die Regierungen beim Zivilschutz das Votum und den Rückhalt der Bevölkerung benötige, wenn man sie vor bestimmten Gefahren schützen solle. Daher müsse das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Gefahren geschärft und ihre Mitarbeit gefordert werden, da Prävention sowohl seitens der Regierung, als auch der Öffentlichkeit sehr wichtig sei. Auf regionaler Ebene und zwischen NATO und EU müssten Mechanismen für die Zusammenarbeit entwickelt werden. Abg. **Rebello** (Portugal) erkundigte sich nach Maßnahmen zur Bekämpfung der Nutzung des Internet durch Terroristen. Abg. **Gemelli** (Europäisches Parlament) forderte eine stärkere Verbindung zwischen den Vereinten Nationen und der NATO, damit die NATO weltweit gegen Terroristen vorgehen könne. Abg. **Wolfgang**

**Börnsen** (Deutschland) sprach sich für eine Stärkung des Bewusstseins vor terroristischen Gefahren in der Öffentlichkeit aus und forderte eine stärkere Koordinierung der Maßstäbe in internationalen Gremien. Abg. **Kazak** (Bulgarien) wies auf eine „Inflation“ von Institutionen hin, die sich mit dem Zivilschutz beschäftigten. Berichterstatter **Roman** (Rumänien) erwiderte, dass beim Informationsaustausch zwischen den verschiedenen nationalen Behörden und Institutionen noch immer viel Misstrauen vorherrsche. Der Informationsfluss müsse zu einer Selbstverständlichkeit im Koordinierungsprozess werden.

Der Sonderbericht wurde einstimmig angenommen.

#### V. Vortrag des Sonderbeauftragten der Drogenbekämpfungsbehörde, Abt. Miami der USA, Thomas W. Raffanello zum Thema „Tendenzen im amerikanischen Drogenhandel“

**Raffanello** stellte zunächst die Drogenbekämpfungsbehörde mit ihren 21 regionalen Abteilungen und ihren Aufgabengebieten, wie die Zerschlagung krimineller Netze, der Drogenproduktion, des Drogentransports und -verkaufs sowie der Geldwäsche vor. Er beschrieb die wichtigsten Routen des Drogenschmuggels mit Kokain, Heroin, Marihuana, Extasy und Amphetamin in die USA. Drogen werden heute hauptsächlich über die Küsten Floridas, die Grenze zu Mexiko und über New York in die USA eingeschmuggelt. Die wichtigsten Drogenhändler agierten von Mexiko und Kolumbien aus, wo auch ein Großteil der Drogen produziert werde. **Raffanello** wies auf die Verbindung zwischen Drogenhandel und Terrorismus hin und auf das große Problem, das Drogenhandel und Korruption für die betroffenen Länder darstelle. Erfolge könnten erzielt werden, wenn Schulungen und Behandlungen für Drogensüchtige angeboten und gleichzeitig die Strafen für den Konsum erhöht würden.

Die anschließende Debatte drehte sich um die Bekämpfung des Drogenanbaus in den Hauptanbauländern, wobei sich **Raffanello** für die Besprühung von Mohnfeldern aus der Luft als bestes verfügbares Mittel aussprach. Ferner stimmte er Abg. **Cordy** (Kanada) zu, dass Marihuana aufgrund der nachsichtigen Haltung der Öffentlichkeit und Methamphetamin als Einstiegsdroge für Kinder ein besonderes Problem darstellten.

#### VI. Vortrag von James O'Brian, Mitglied der Albright-Gruppe, zum Thema „Kosovo und Balkan – ein Testfall für EU und NATO“

**O'Brian** erläuterte, dass auf dem Balkan ein Großteil der Zukunft Europas liege: Der Balkan böte große Chancen, da er über eine junge, gut ausgebildete Bevölkerung verfüge. Die Region sei reif für weit reichende politische Entscheidungen, um sie in Europa einzubinden. Die internationale Gemeinschaft verfüge über eine gewisse Autorität in der Region, die sie aber nicht ausreichend nutze. Ein wichtiger Anreiz könne schon darin bestehen, endlich einen Zeitpunkt für Verhandlungen über den endgültigen Status des Kosovo festzulegen. Zunächst sollte eine baldige Einbindung Serbiens und Montenegros in die

internationale Gemeinschaft angestrebt werden. Die NATO sollte eine nachhaltigere Rolle in der Region spielen, indem sie militärische Berater und Planer für die Region bereitstelle und weiterhin in dem Gebiet präsent bleibe. Schließlich müsse auch die EU eine größere Verantwortung in der Region übernehmen, um die eingeleiteten Bemühungen zu verstetigen.

Abg. **Casule** (Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien) stellte fest, dass nicht nur das Kosovo, sondern der gesamte Westbalkan größere Stabilität benötige. Als Antwort auf Abg. **Bettendorf** (Luxemburg) präzierte **O'Brian**, dass die Verhandlungen vom 14. Oktober 2003 zwischen Pristina und Belgrad vor allem technischer Natur gewesen seien, die Statusfrage sei nicht behandelt worden. Das Recht auf ein Leben in der Heimat sei ein Grundgedanke, auf den die Überlegungen für eine dauerhafte Lösung gründen müssten. Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Diskussionsparameter ändern und dem Prozess eine neue politische Dynamik verleihen.

**VII. Vortrag des Vorsitzenden des Beratenden Ausschusses des Europarates für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, Rainer Hofmann, zum Thema „Schutz nationaler Minderheiten in den baltischen Staaten im Lichte des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates“**

**Hofmann** stellte die Grundzüge des Rahmenübereinkommens des Europarates und seine Überwachungsmechanismen vor und erläuterte die Lage in den drei baltischen Staaten. In Estland hätten die Behörden bei der Umsetzung des Übereinkommens konstruktiv mit dem Beratenden Ausschuss zusammengearbeitet, und es gäbe Anzeichen für eine Verbesserung. Allerdings errege das Streben nach einer einzigen Staatssprache aber auch Besorgnis. Fehlende Sprachkenntnisse führten dazu, dass die Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt werde, was Ungleichheit zur Folge habe. Litauen verdiene viel Lob für seine Zusammenarbeit, da sich die Behörden in vielen vom Europarat beanstandeten Punkten um eine konstruktive Lösung bemüht hätten. Lettland habe das Übereinkommen bisher noch nicht ratifiziert.

Auf die Frage der Ausschussvorsitzenden **Mahon** (Vereinigtes Königreich) nach dem Status der russischen Minderheit nach dem EU-Beitritt Estlands und Lettlands erwiderte **Hofmann**, dass ihr Status ungeklärt sei und viele Russen daher Einbürgerungsanträge stellten. Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) und **Erwin Marschewski** (Deutschland) lobten die Fortschritte der baltischen Länder bei der Integration von Minderheiten. Kritik sei häufig politisch motiviert. Auf die Forderung der Abg. **Burdukow**, **Vinidiktow** und **Apatenko** (Russische Föderation) nach einer Verpflichtung der baltischen Staaten zu einer Einbürgerung erwiderte **Hofmann**, dass die Regelung des Einbürgerungsrechts den einzelnen Staaten überlassen sei und im Baltikum die „lex sanguinis“ angewandt werde. Die lettischen Abgeordneten **Kirsteins**, **Krasts** und **Berzins** prangerten die russische Besatzung der baltischen Staaten nach dem Zwei-

ten Weltkrieg an und forderten die Repatriierung der russischen Minderheiten durch Russland. Während Abg. **Mikser** (Estland) die Hoffnung äußerte, dass die Eingliederung in die EU zu einem großzügigeren Umgang mit den Minderheiten führen werde, forderte Abg. **Jukneviene** (Litauen) Russland dazu auf, die russischen Minderheiten nicht für seine eigenen Interessen zu instrumentalisieren.

**VIII. Vortrag des Studiendirektors und Forschungsbeauftragten am Zentrum für Internationale Zusammenarbeit der New York University, Barnett Rubin, zum Thema „Die NATO in Afghanistan: Sicherheit, Staatsaufbau und Terrorismusbekämpfung“**

**Rubin** erläuterte, dass die unsichere Lage in Afghanistan auf ein Machtvakuum zurückzuführen sei, das es den Pandjeri-Milizen ermöglicht habe, Kabul zu besetzen, und den regionalen Führern, die Macht in der Provinz wieder an sich zu reißen. Die Übergangsverwaltung von Präsident Karsai habe einen Verfassungsentwurf erarbeitet, der im Dezember von einer verfassungsgebenden Versammlung angenommen werden solle, im Juni 2004 sollten Parlamentswahlen stattfinden, was angesichts der Einschüchterung durch die „warlords“ und die Nichtregistrierung zahlreicher Bürger jedoch unrealistisch sei. Voraussetzung für Wahlen seien eine Befriedigung der Lage in Kabul durch die NATO und ISAF bei gleichzeitiger Demobilisierung regionaler Führer. Auf die Forderung von Abg. **Wolfgang Börnsen** (Deutschland) nach einem stärkeren Mandat der NATO führte **Rubin** aus, dass dieses Mandat klar umrissen sein müsse und hauptsächlich die Beendigung des Krieges und Stabilisierungsoperationen umfasse. Eine wichtige Aufgabe der NATO sei die Verteidigung der Regierung. In der Vergangenheit hätten die USA die Taliban unterstützt, da die Lage in dem Land derart außer Kontrolle geraten war, dass sie ein stabilisierendes Element darstellten. Er pflichtete Abg. **Clapham** (Vereinigtes Königreich) bei, dass die Afghanen gegen ein föderales System aufgrund der zu starken Rolle der regionalen Führer, die eigene Armeen unterhielten, seien. Man werde sich daher voraussichtlich für ein Präsidialsystem entscheiden. Zu dem von den Abg. **Cordy** (Kanada), **Udall** (USA), **Apatenko** (Russische Föderation) und **D'Hondt** (Belgien) angesprochenen Thema des Drogenhandels sagte er, dass dieses Problem weitaus größer sei, als allgemein angenommen. Der Mohnanbau sichere den afghanischen Bauern das Überleben, und auch der Terrorismus werde durch den Drogenhandel gestärkt.

**IX. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Democratic Governance“: „Organisierte Kriminalität: Drogen- und Menschenhandel in Europa“, von Berichterstatterin Christine Boutin (Frankreich)**

Ausschussvorsitzende **Mahon** (Vereinigtes Königreich) stellte den Bericht in Vertretung der verhinderten Bericht-

erstatte vor. Das Schengen-Gebiet sei der wichtigste Markt für Drogen auf der ganzen Welt geworden. Der Menschenhandel – vor allem zur sexuellen Ausbeutung – verzeichne in den letzten zehn Jahren einen beträchtlichen Zuwachs. Der Bericht nenne zahlreiche Länder, in denen Drogen- und Menschenhandel stattfindet oder die sich an der Geldwäsche beteiligten.

In der darauffolgenden Diskussion kritisierten die Vertreter mehrerer Länder – **Malan** (Italien), **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), **Maissen** (Schweiz), **Cebeci** (Türkei), **Bettendorf** (Luxemburg) – verschiedene Absätze des Berichts aufgrund mangelnder Recherche oder Darstellung von Unwahrheiten und forderten eine Überarbeitung des Berichts in diesen Punkten. Nachdem dies zugesagt worden war, wurde der Bericht mehrheitlich gegen die Stimme von Abg. **Gemelli** (Europäisches Parlament) angenommen. Die Entschließung zu dem Bericht wurde zusammen mit den nicht kontroversen Änderungsanträgen einstimmig angenommen.

## X. Personalien

Alle zur Wiederwahl anstehenden Mandatsträger wurden in ihrem Amt bestätigt. Abg. **Boutin** (Frankreich) wurde zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt. Abg. **Stefansson** (Island) wurde zum Berichterstatter für den Unterausschuss „Democratic Governance“ und Abg. **Lilletun** (Norwegen) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses ernannt.

## Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

### I. Tagesordnung und Themen

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, dem 9. November 2003 unter dem Vorsitz von Senator **Nolin** (Kanada). Der Vorsitzende erinnerte die Ausschussmitglieder eingangs daran, dass sie sich wiederholt mit dem Thema Massenvernichtungswaffen beschäftigt hätten und bat die Generalberichterstatterin **Riera** (Spanien), ihren Entschließungsentwurf dazu vorzustellen.

### II. Vortrag von Dennis Gormley, Monterey „Institute's Center for Nonproliferation Studies“, über die Weiterverbreitung unbemannter Flugzeuge (UAVs).

Rasante technische Fortschritte hätten zu einem verstärkten Einsatz von Drohnen und anderen ballistischen Flugkörpern geführt. Daraus seien strategische Konsequenzen für die eigene Streitkräfteplanung wie auch potenzielle Gefährdungen des eigenen Staates erwachsen. **Gormley** merkte kritisch an, dass die Verbündeten nur zögernd ihre Verteidigungsbereitschaft angepasst und Schwachstellen bei der Nichtweiterverbreitung von UAVs ausgemerzt hätten. **Gormley** nannte ein ganzes Maßnahmenbündel, um diesen Gefahren zu begegnen, angefangen bei technisch ausgefeilteren luftgestützten Überwachungsstandards, über Abwehr von Marschflugkörpern bis hin zur Stärkung des „Missile Technology Control Regimes“.

Abg. **Rivière** (Frankreich) eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis darauf, dass Drohnen bei der Feuerbekämpfung,

in der Landwirtschaft – insbesondere bei der Schädlingsbekämpfung – zivil genutzt werden. **Gormley** erwiderte, es lägen ausreichende Hinweise dafür vor, dass diese Drohnen zur militärischen Nutzung umfunktioniert worden seien, wie jüngst in Indien geschehen. Sicherheitsbedenken hätten dazu geführt, den Einsatz unbemannter Flugzeuge im zivilen Bereich strikteren Kontrollen zu unterwerfen. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) fragte, ob die Rieseninvestition in Raketenabwehr wirklich sinnvoll sei an Betrachtung der Vielzahl potenzieller Bedrohungen und der kleinen Zahl von Ländern, die über ballistische Flugkörper verfügten. **Gormley** räumte ein, dass Bedrohungen aus vielen Richtungen kämen; gleichwohl sei der Effekt von Massenvernichtungswaffen, die durch unbemannte Flugkörper ausgebracht werden könnten, weitaus größer, als wenn sie sich z. B. in einem Schiffscontainer befänden. Die Frage, ob UAVs Nuklearwaffen transportieren könnten, bejahte **Gormley**.

### III. Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Weiterverbreitung von Militärtechnologie“: „Weltraumwaffen und globale Sicherheit“ von Berichterstatter Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland)

Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) skizzierte zunächst die technischen Möglichkeiten und zeigte sich ernsthaft besorgt über eine „weaponisation“ des Weltalls. Insgesamt bewertete er eine Strategie globaler Präventivpolitik gegen im Weltraum stationierter Waffen auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit nutzbringender und weniger kostenintensiv.

In der anschließenden Diskussion warnte Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) vor Explosionsabfällen im All und befürwortete ein Abkommen über das Verbot von Weltraumwaffen. Auch er äußerte Bedenken gegen teure Raketenabwehrprogramme, gab aber zu bedenken, dass die USA inzwischen im Visier vieler Staaten seien. Zwar seien ihm keine Pläne bekannt, Waffen im Weltraum zu stationieren, aber langfristig wolle er den Einsatz von Defensivlasern, die keinen Weltraumschrott verursachen, nicht ausschließen. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) würdigte die Einlassungen seines Kollegen, verwies aber auf US-amerikanische Äußerungen zur militärischen Überlegenheit im All, die bei den Verbündeten Beunruhigung verursacht hätten. Abg. **Rivière** (Frankreich) reagierte auf Ehlers Äußerungen, indem er die amerikanische Delegation trotz der Meinungsverschiedenheiten des Respekts und der Freundschaft versicherte. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) gab abschließend zu bedenken, dass Kontrollmechanismen im Weltraum schwer verifizierbar seien. Die Ausschussmitglieder billigten einstimmig den Berichtsentwurf.

### IV. Vortrag von Admiral James O. Ellis Jr., „US Strategic Command“, über Militäroperationen der USA im Weltraum.

Angesichts der Tatsache, dass heutzutage Siege dank Schnelligkeit statt Größe errungen würden, schilderte

**Ellis** die Militärstrategie seines Landes als an den Fähigkeiten ausgerichtet. Dabei betonte er die Bedeutung des Weltraums für militärische Missionen. Zur Aufrechterhaltung dieser Fähigkeiten sei es unabdingbar, dass die Verknüpfung von Kommando, Kommunikation, Aufklärung, Überwachung und Zusammenwirken mit zivilen Weltraumsystemen lückenlos funktioniere. Traditionell sei das All Plattform für internationale Zusammenarbeit, auf die die USA bei der Entwicklung neuer Technologien nicht verzichten könne.

Die Aussprache eröffnete Abg. **Mates** (Vereinigtes Königreich), indem er einen vereitelten IRA-Anschlag – mittels eines eingeschleusten Mitarbeiters – auf ein britisches Stromnetz schilderte, um dies mit der Frage zu verbinden, wie national und international zivile Infrastrukturen gegen Terroristen geschützt werden können. Admiral **Ellis** räumte ein, keine „fire wall“ sei ausreichend massiv, um Insider draußen zu halten. Eine geeignete Gegenmaßnahme sei die Einteilung in einzelne funktionsfähige Bereiche, um im Falle einer Terrorattacke die betroffenen Einheiten isolieren zu können ohne zugleich die Gesamtorganisation lahm zu legen. Der Finanzsektor habe entsprechende Vorkehrungen bereits getroffen, den IT-Bereich dupliziert und ausgegliedert, wichtige Einheiten dezentralisiert. Abg. **Rivière** (Frankreich) sah einen Widerspruch in dem Bemühen der USA einerseits Doppelsysteme zu schaffen, zum anderen jedoch ihren wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber Europa mit allem Nachdruck aufrechtzuerhalten. Galileo nannte **Rivière** dafür als Beispiel; mithilfe militärischer, strategischer und politischer Bemühungen versuchten die USA den europäischen Satelliten zu verhindern. Admiral **Ellis** zeigte sich zuversichtlich, dass ein Nebeneinander von Galileo und GPS möglich sein werde. Abg. **Zaplatynskiy (Ukraine)** erkundigte sich nach dem Stand der Raketenabwehr und danach, wie der militärische Zugang anderer Länder zum Weltraum verhindert werden könne. Admiral **Ellis** stellte erste Basisabwehrmechanismen für Ende 2004 in Aussicht. Der Weltraum solle durchaus für friedliche Zwecke nutzbar und zugänglich sein, von dort aus sollten aber keine Angriffe auf die USA oder ihre Verbündeten möglich sein.

#### V. Entwurf eines Generalberichts „Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen im 21. Jahrhundert: eine transatlantische Agenda“ von Generalberichterstatterin Riera (Spanien)

Mit dem Irakkrieg habe Bush seine Entschlossenheit demonstriert, die neue Strategie der USA gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen konkret umzusetzen. So unterstütze die US-Regierung solange multilaterale Abkommen, wie diese ihre Sicherheit gewährleisten. Andernfalls würden nicht nur die Waffen, sondern auch die sie besitzenden Regime beseitigt. Die Berichterstatterin legte den Schwerpunkt bei der Nichtweiterverbreitung eindeutig auf verstärkte Kontrollregime und Vertragsverpflichtungen.

Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) ergriff als Erster das Wort: Zwar stimme er mit einigen Passagen des Berichts keineswegs überein, sagte jedoch dessen Annahme durch die US-Delegation unter der Voraussetzung zu, dass die Berichterstatterin bei der Fortschreibung Ergänzungen und Korrekturen berücksichtigen werde.

#### VI. Vortrag von Clayton Mowry, Präsident von Arianespace USA

**Mowry** fasste die Arbeit seines Unternehmens zusammen; dies auch vor dem Hintergrund des für 2004 geplanten Ausschussbesuchs in Kourou, Französisch Guyana, um dem Start einer Ariane 5 beizuwohnen.

Abg. **Mates** (Vereinigte Staaten) bat um Auskunft darüber, wie viele Anfragen das Unternehmen bislang abschlägig beschieden habe, und wie das Verfahren aussähe für den Fall, dass Regierungen, die nicht an Arianespace beteiligt sind, aufgrund von Sicherheitsbedenken ihr Veto gegen bestimmte Vorhaben einlegten. **Mowry** antwortete, die Zahlen seien ihm nicht bekannt. Als Ansprechpartner für Vetomöglichkeiten verwies **Mowry** auf die in den einzelnen europäischen Mitgliedsländern ansässigen Firmenrepräsentanten. Abg. **Domanskiy** (Ukraine) erkundigte sich nach den Möglichkeiten für sein Land, an dem Ariane-Programm mitzuwirken und der Beteiligung von Arianespace an Raketenabwehrsystemen. **Mowry** antwortete, an dem Ariane-Projekt wirkten über Mitsubishi und Boeing auch ukrainische Firmen mit. Er verneinte eine Beteiligung an Raketenabwehrprogrammen.

**VII.** Anschließend gab der Ausschussvorsitzende die für 2004 geplanten Aktivitäten bekannt: Kourou in der zweiten Jahreshälfte, Anfang August ein Seminar in Spitzbergen und Anfang Juli ein gemeinsamer Besuch mit dem Politischen Ausschuss sowie dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit in Moskau. Den Vorschlag von Abg. **Garcia-Alcaniz Calvo** (Spanien), eine Forschungsstation in der Antarktis zu besuchen, nahm der Vorsitzende unter Hinweis auf den organisatorisch-finanziellen Aufwand und die zuvor erforderliche Genehmigung durch den Ständigen Ausschuss zurückhaltend entgegen. Der Unterausschussvorsitzende **Mates** (Vereinigte Staaten) kündigte vom 10. bis 14. Mai 2004 einen Besuch in den USA an, um sich der Frage der Nichtweiterverbreitung und Raketenabwehr vertieft zu widmen.

#### VIII. Entschließungsentwurf

Dann wandten sich die Ausschussmitglieder den 21 Änderungsanträgen zum Entschließungsentwurf betreffend die Massenvernichtungswaffen zu. Unter anderem wurde die Schaffung einer neuen Behörde zur Kontrolle der Einhaltung des NPT gefordert. Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) merkte dazu kritisch an, dass bei der IAEA zu diesem Zweck bereits ein Kontrollgremium eingerichtet sei und gab grundsätzlich zu bedenken, ob man das bestehende System stärken oder gegen ein neues eintauschen wolle. Abg. **Riera** (Spanien) akzeptierte Ibrüggers Formulierung, die auf eine Stärkung der bestehenden Mechanismen abzielte. Die ukrainische Delegation beabsich-

tigte mit ihrem Änderungsvorschlag, weltweit einen Verzicht auf Atomwaffen voranzubringen. Abg. **Riera** (Spanien) stimmte dem Vorschlag unter der Prämisse zu, dass auch Kasachstan und Belarus in die Formulierung miteinbezogen würden. Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) schlug einige Änderungen vor: in den Abschnitten, die den Iran betreffen, die von den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens getroffene Vereinbarung ausdrücklich zu erwähnen; ferner die Bedeutung der gegenwärtig laufenden Gespräche mit Nordkorea hervorzuheben. Beiden Vorschlägen stimmte die Verfasserin des Entschließungsentwurfs zu. Nicht ungeteilt war die Unterstützung für die beiden polnischen Änderungsanträge zur Präzisierung der Aufgaben, welche die Organisation zum Verbot Chemischer Waffen betraf, sowie eine Formulierung zu der Konvention über Biologische Waffen. Russland unterbreitete einen Änderungsantrag zur Einbeziehung Israels bei der Hilfe für Länder im Umgang mit WMD-Material. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) unterstützte den russischen Vorschlag, der jedoch keine Mehrheit im Ausschuss fand.

Nach der Verabschiedung des geänderten Entschließungsentwurfs bestätigten die Ausschussmitglieder alle Vorsitzenden und Berichterstatter in ihren Funktionen.

### Plenarsitzung

Die Plenarsitzung fand am 11. November 2003 statt. Im Anschluss an die Eröffnung der Plenarsitzung durch den Präsidenten der NATO-PV **Hon. Bereuter** (Vereinigte Staaten) begrüßte der Gouverneur Floridas Hon. Bush die Delegierten. Er würdigte die Versammlung als Vorreiter für die Öffnung gen Osten, Wegbegleiter der dort entstandenen neuen Demokratien und als Plattform für den Gedankenaustausch und Interessenausgleich zwischen den Verbündeten.

Der Präsident der Versammlung **Hon. Bereuter** (Vereinigte Staaten) erinnerte in seiner Ansprache daran, dass vielerorts am 11. November der Gefallenen der vergangenen Kriege gedacht werde. Aus den grauenhaften Erfahrungen seien Lehren gezogen worden; nicht zuletzt die NATO sei aus dem Wunsch heraus gegründet worden, Frieden zu stiften, gemeinsame Werte gedeihen zu lassen, dies notfalls aber auch kollektiv zu verteidigen.

Das über 40 Jahre erfolgreiche Bündnis sei letzten Winter durch das Zerwürfnis über den Irakkrieg einer harten Belastungsprobe unterzogen worden. Nicht allein die NATO, auch der UN-Sicherheitsrat und die GASP hätten Schaden genommen. Gerade bei dieser Orlando-Tagung habe die NATO-PV zur Konsolidierung der transatlantischen Beziehungen dadurch beigetragen, dass Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt und neue Perspektiven entwickelt worden seien.

Das zurückliegende Jahr sei von sechs Ereignissen geprägt: der Aufnahme neuer Mitglieder, dem NATO-Einsatz außerhalb des Bündnisgebietes, der Veränderung der NATO-Kommandostruktur, der NATO Response Force, der Prager Verpflichtung zur Verbesserung der Fä-

higkeiten und schließlich von der Berlin-Plus-Vereinbarung.

Als ersten Schritt würdigte Präsident **Bereuter** die friedenserhaltende Mission der NATO in Mazedonien und zeigte sich überzeugt, dass bis 2004 die NATO vergleichbare Aufgaben in Bosnien und im Kosovo übernehmen könne.

Als Reaktion auf den Balkankrieg sei die ESVP konzipiert worden, eben um Konflikte in Europa beseitigen zu können. Beunruhigt zeigte sich **Bereuter** angesichts der in der EU-Verfassung vorgesehenen Bestimmung über gegenseitigen militärischen Beistand, der bereits durch die NATO gewährleistet werde. Darin sah **Bereuter** die Gefahr einer Konkurrenz bzw. Doppelstruktur. Ebenso wenig Verständnis zeigte er für die Schaffung eines eigenen militärischen Hauptquartiers der EU; allenfalls sah er das Erfordernis eines EU-Planungsstabes bei SHAPE.

Abschließend bewertete **Bereuter** den Streit über den Irakkrieg als beigelegt und appellierte an die Delegierten, die transatlantischen Verbindungen zu vertiefen, um gemeinsam Freiheit und Demokratie in Europa und Nordamerika zu schützen.

Der scheidende NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** kündigte einleitend an, dass er eine Bilanz ziehen, Erreichtes würdigen und Ausstehendes skizzieren wolle.

In guter Verfassung sei die NATO dank der gemeinsamen Grundwerte Demokratie, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, denen sich alle Bündnispartner verpflichtet fühlten. Daran änderten auch die gravierenden Meinungsverschiedenheiten der jüngsten Vergangenheit nichts; Streit habe es immer gegeben und sei auch zukünftig unvermeidbar. Produktives sei daraus hervorgegangen: die NATO entwickle sich fort, indem sie neue Mitglieder, welche Stabilität und gutnachbarschaftliche Verhältnisse garantieren, aufgenommen habe. Darüber hinaus erschließe die Allianz weitere Gebiete für Partnerschaften, wie den NATO-Russland-Rat, der unspektakulär, aber sehr effizient z. B. in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, praktische Zusammenarbeit und Raketenabwehr arbeite, oder auch den Dialog mit den Mittelmeerländern.

Dank des NATO-Engagements sei der Balkan kein Brennpunkt mehr; Bosnien sei ein multi-ethnischer Staat, auch der Kosovo sei befriedet worden und – last but not least – habe in Mazedonien Blutvergießen vermieden werden können.

Auf den beispiellosen Terrorakt am 11. September 2001 habe die NATO prompt reagiert und Beistand geleistet durch die Entsendung von AWACs und Marineeinheiten zum Schutz von Handelsschiffen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Damit sei innerhalb kürzester Zeit die jahrelange Diskussion über „out-of-area“-Einsätze der NATO obsolet geworden.

Als sehr erfolgreich bewertete **Lord Robertson** den Prager Gipfel. Im Zuge des NATO-Transformationsprozesses hätten sich die Staats- und Regierungschefs nicht nur der Verteidigung gegen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen verpflichtet, sondern auch der Verbesserung

ihrer militärischen Fähigkeiten, ein von ihm stets wiederholtes Petitum. Ein Ergebnis sei die „NATO Response Force“, das neue „NATO Transformation Command“ sowie Modernisierungen bei der Luftbetankung, den Präzisionswaffen und bei der Boden-Luft-Überwachung.

Seinen Nachfolger **Jaap de Hoop Scheffer** sah **Lord Robertson** vor folgenden Aufgaben: die Afghanistan-Mission zu einem Erfolg zu führen. Dazu müsse die internationale Einsatzfähigkeit der europäischen Streitkräfte deutlich erhöht werden, indem z. B. überholte gesetzliche Bestimmungen geändert oder auch die Dislozierungsfähigkeiten optimiert werden. Mit der Berlin-Plus-Vereinbarung, nach der die EU für eigene Operationen auf NATO-Kapazitäten zugreifen könne, sei ein großer Wurf gelungen. Davon profitierten die Steuerzahler beiderseits des Atlantik, weil Doppelstrukturen vermieden werden. In diesem Zusammenhang warnte Robertson davor, die EU zulasten der NATO zu stärken.

Abschließend appellierte er an die Delegierten, seinem Nachfolger ebenso viel Vertrauen und Unterstützung zuteil werden zu lassen wie es ihm selbst vergönnt gewesen sei.

Präsident **Bereuter** dankte Lord Robertson für seine Ausführungen und sprach ihm die allseitige Anerkennung für seine Verdienste aus. Abg. **Clark** (Vereinigtes Königreich) und Abg. **Ozerow** (Russische Föderation) baten ihn um eine Botschaft für die Parlamentarier und einen Rat an seinen Nachfolger.

**Lord Robertson** dankte für die große Anerkennung, betonte aber, Hubschrauber für Afghanistan wären ihm lieber. Er appellierte an die Parlamentarier, sich nicht entmutigen zu lassen, die Erfahrungen auf dem Balkan hätten doch gezeigt, dass nichts unmöglich sei. Investitionen seien in Zukunft unverzichtbar.

Abg. **Lello** (Portugal) thematisierte die Erschließung neuer Bündnisse, z. B. mit Australien, Japan, Brasilien.

Auch Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) betonte die wichtige Rolle, die Lord Robertson in den letzten Jahren für das Bündnis gehabt habe. Man dürfe vor dem Hintergrund des Konfliktes im Irak nicht die anderen aktuellen Aufgaben vergessen, es werde kaum noch über den Balkan gesprochen und auch zu wenig über Afghanistan. Er wünsche sich, dass auch andere Länder dem deutschen Beispiel folgten und ihren Einsatz über Kabul hinaus ausdehnten. Konkret stellte er eine Frage zu Artikel 5 und die allgemeine Verwendbarkeit der NATO-Truppen als „toolbox“ für die Verbündeten.

Abg. **Lellouche** (Frankreich) hob hervor, man sei weit entfernt von einem europäischen Bündnis. Eine mit Artikel 5 vergleichbare Regelung sei in der Europäischen Verfassung nicht vorgesehen. Europa wolle verantwortungsbewusst sein, die USA sollten das nicht überbewerten.

**Lord Robertson** bejahte grundsätzlich die Notwendigkeit von „neuen Freunden“, die jedoch nicht alle Mitglieder der NATO werden müssten. Es gäbe Länder, wie z. B. Finnland und Österreich, die bereits jetzt das Bündnis ak-

tiv unterstützten, ohne selbst Mitglieder zu sein. Er sprach sich für verstärkte Kontakte im Mittelmeerraum aus, Zusammenarbeit sei immer produktiv. Auch müsse die Mission stets die Koalition bestimmen und nicht umgekehrt. Er kritisierte die europäische Suche nach Strukturen, viel wichtiger seien bessere Fähigkeiten.

Abg. **Forcieri** (Italien) sprach die Teilung von Verantwortung im Verhältnis USA – Europa an. Abg. **Khmara** (Ukraine) kritisierte Lord Robertson wegen seiner Äußerungen zum Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine. **Lord Robertson** entgegnete, eine Einmischung in die bilateralen Auseinandersetzungen von zwei Nicht-NATO-Staaten sei möglich, das habe auch der ukrainische Präsident so signalisiert.

Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich) stellte die These auf, die weltanschauliche Kluft zwischen den USA und Europa sei noch größer als die Differenz in den Verteidigungsausgaben. **Lord Robertson** erklärte, es sehe diese Kluft nicht, der Erstschlag sei immer ein integraler Bestandteil der Abschreckungsstrategie gewesen.

Mit einer Schweigeminute zum Gedenken an alle Kriegsoffer wurde die Sitzung unterbrochen.

Der Präsidentenberater für Heimatschutz, General **John Gordon**, referierte über die vom Terrorismus ausgehende Gefahr. Als äußerst schwierig bezeichnete **Gordon**, der global vernetzt agierenden, mit Spitzentechnologie ausgestatteten Terroristen habhaft zu werden, die in der Lage seien, sich konventionelle oder auch Massenvernichtungswaffen zu beschaffen. Darauf müsse die internationale Staatengemeinschaft solidarisch und koordiniert reagieren. Weltweit hätten sich inzwischen 29 Nationen dem Anti-Terror-Plan angeschlossen, um den Terrorismus, dem sich ideologisch-religiös verwirrte, in Kleingruppen agierende Gewalttäter verschrieben haben, wirksam zu bekämpfen. **Gordon** warnte vor dem Irrglauben, mit der Zerstörung al Qaida sei dann letztlich auch der Terrorismus besiegt.

Nicht mehr militärische, sondern zivile Ziele seien im Fokus der Terroristen. Amerika habe darauf reagiert, indem es u. a. Schlüsseleinrichtungen besonders schütze. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wolle das neu geschaffene Ministerium für Heimatschutz Terrorakte verhindern, dazu sei auch das FBI dergestalt umstrukturiert worden, dass sein Schwerpunkt jetzt auf der Terrorverhütung liege. Ferner sei die Koordinierung und Kooperation des FBI mit anderen Behörden deutlich verbessert worden. Als weitere Maßnahmen erwähnte **Gordon** einen verstärkten Schutz der Grenze zu Mexiko und Kanada sowie verschärfte Kontrollen bei der Einreise, bei Containern, an Flugzeugen etc.. Mehr Geld fließe in die Erforschung von Impfstoffen gegen Biowaffen. Ebenso sei die Vernetzung nationaler mit nachgeordneten Behörden intensiviert worden.

In der Gesamtbetrachtung bemängelte **Gordon**, dass die USA mit diesem Maßnahmenbündel allein stünden; mit Europa gäbe es z. B. Meinungsverschiedenheiten über den Austausch von Personendaten vor der Einreise in die



USA. Offenbar habe der Schutz der Privatsphäre in Europa eine andere Wertigkeit als in den USA.

In der anschließenden Fragerunde erkundigte sich Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) nach dem Umgang mit den auf Guantanamo Festgehaltenen. **Gordon** erwiderte darauf, auch in den USA selbst äußerten sich viele Amerikaner besorgt, er vertrete allerdings die Meinung, dass die Häftlinge angemessen behandelt werden. Abg. **Roman** (Rumänien) gab zu bedenken, dass alle in den USA gesammelten Daten und gewonnenen Erkenntnisse nur halb so viel wert seien, solange sie nicht mit den Verbündeten geteilt würden. General **Gordon** erwiderte, bei geheimdienstlichen Daten sei der Informationsaustausch spürbar verbessert worden.

Zum Thema Schutz der Privatsphäre merkte Abg. **Kox** (Niederlande) kritisch an, die Verteidigung der Freiheit des Staates könne zu einer zu großen Freiheitsbeschränkung des Individuums führen. **Gordon** räumte ein, es sei schwierig, dabei den rechten Mittelweg zu finden.

Schwerpunkt der Ausführungen von **Marc Grossmann**, Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, war die Entwicklung der NATO. Nach dem Fall der Berliner Mauer hätten viele geglaubt, die NATO sei entbehrlich geworden. Inzwischen sei diese Meinung jedoch von den Ereignissen überholt worden. Mithilfe des PfP-Programms seien die jungen Demokratien an die westlichen Werte und Qualitätsstandards herangeführt worden. Auf dem Balkan habe das langfristige Engagement der NATO zu einer Befriedung geführt und schließlich sei das Verhältnis zu Russland deutlich verbessert worden. Dies alles habe nur dank der Veränderung und Fortentwicklung der NATO gelingen können.

Nach wie vor kritisch verblieben zwei Bereiche: Die militärisch-technologischen Fähigkeiten der europäischen Verbündeten müssten signifikant verbessert werden. Zum anderen führe an einer Mandatsverlängerung für den Afghanistan-Einsatz – **Grossmann** lobte ausdrücklich das deutsche Engagement beim zivilen Aufbau im Kundus – kein Weg vorbei. Zum Schluss seiner Ausführungen bewertete **Grossmann** die Resolution 1211 der Vereinten Nationen positiv, weil sie der NATO weitergehende Möglichkeiten einräume.

Abg. **Assouri** (Kanada) erinnerte in der nachfolgenden Fragerunde daran, dass Kanada unmittelbar nach dem 11. September 2001 100 000 „gestrandete“ Passagiere aufgenommen habe. Ergänzend fügte **Grossmann** hinzu, dass vor diesem Terrorakt nicht nur die USA, sondern weitere 18 Nationen betroffen gewesen seien. Abg. **Steffensson** (Island) bat um Auskunft über das weitere Vorgehen im Nahen Osten. **Grossmann** wies auf eine Grundsatzrede von Präsident Bush hin, in der er sich deutlich für ein Zwei-Staaten-Modell ausgesprochen habe. Die Haltung von Abg. **Clark** (Vereinigtes Königreich), wonach es jetzt an der EU sei, im Kosovo größere Aufgaben zu übernehmen, befürwortete **Grossmann** uneingeschränkt. Zu der Frage von Abg. **Pastusiak** (Polen), wie die USA zum Sicherheitsrat der VN stehen, antwortete **Grossmann** mit dem Fall der Mauer hätte sich

die globale Sicherheitslage spürbar gewandelt. Generell unterstützen die USA die VN, einige Korrekturen seien jedoch unvermeidlich.

Der Präsident der WEU-Versammlung **Marcel Glesener** stellte einleitend fest, dass lang schwelende Konflikte zwar beigelegt, aber neue Gefahren – Terrorismus, instabile Länder – aufgetaucht seien. Als Reaktion darauf habe die EU die GASP aufgewertet und sei gegenwärtig dabei, eigene militärische Fähigkeiten zu entwickeln, um Konflikte in Europa in größerem Umfang selber beilegen zu können. Immer kritischer reagiere der europäische Steuerzahler auf höhere Verteidigungsausgaben. Deshalb auch müsse man einen gemeinsamen Weg von NATO und EU ansteuern. Wie die NATO sehe auch die WEU eine gegenseitige Beistandsverpflichtung vor. Letztendlich warb **Glesener** für ein komplementäres Zusammenwirken von WEU, NATO und den VN.

Der Präsident der OSZE-PV, **Bruce George**, unterstrich die wichtige Rolle der OSZE im internationalen Kontext als Informationsplattform. In den zehn Jahren ihres Bestehens habe die OSZE Transparenz, Vertrauen und Offenheit geschaffen. Hier wie dort seien die US-Amerikaner aktiv beteiligt. Zentrale Aufgaben der OSZE sei der Abbau – besser noch die Vermeidung – von Spannungen durch die Mitwirkung bei Wahlbeobachtungen, den Menschenrechten und der Wahrung der kulturellen Identität. **George** würdigte die Rolle der NATO-PV als Vorreiter bei der Öffnung zum Osten und der Begleitung der neuen Demokratien.

Die in den fünf Fachausschüssen beschlossenen Entschließungen wurden beraten und in ggf. geänderter Form angenommen.

Der Berichterstatter des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit, Abg. **Lellouche** (Frankreich), stellte den Entschließungsentwurf über die Operationen der alliierten Streitkräfte im Irak vor. Der Text sei im Ausschuss aufgrund der umfangreichen Diskussion abgeändert worden. In seinem und im Politischen Ausschuss seien dadurch Texte entstanden, die zusammenhängend im Geiste der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden seien. Es sei an der Zeit, Meinungsverschiedenheiten zu vergessen, die Operation im Irak müsse ein Erfolg werden. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) thematisierte die mit 65 % hohe Arbeitslosigkeit im Irak und die daraus entstehenden Probleme. Er forderte mehr Transparenz bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem Einsatz der finanziellen Mittel.

Die Entschließung wurde ohne Änderungen beschlossen (siehe Anlage).

Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) stellte als Berichterstatterin aus dem Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit den Entwurf einer Entschließung über den Menschenhandel vor. Angesichts des Zuwachses in diesem Bereich forderte sie den verstärkten Einsatz von finanziellen Mitteln für Schutz und Prävention von Opfern und Zeugen und eine vermehrte Zusammenarbeit der betroffenen Länder.

Auch diese EntschlieÙung wurde ohne Änderungen beschlossen (siehe Anlage).

Für den Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit stellte der Generalberichterstatter Abg. **van Gennip** (Niederlande) den EntschlieÙungsentwurf zur Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit vor. Er wies auf die Folgen der globalen wirtschaftlichen Ungleichheit für die weltweite Sicherheitslage hin und dass dieses Problem eine internationale Lösung erfordere. Abg. **Bayley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, man müsse stärker auf finanzielle Unterstützung und Investitionen als Vorsorge für Sicherheitsbedrohung abzielen als auf militärische Maßnahmen allein.

Abg. **Arioglu** (Türkei) sprach sich auch dafür aus, das Thema Wiederaufbau nach Konflikten in die Ausschussberatungen einzubeziehen und begründete seinen Änderungsantrag, der u. a. die Berücksichtigung von Universitäten aus Konfliktregionen und die Gründung universitärer Netzwerke vorsah.

Berichterstatter Abg. **van Gennip** (Niederlande) erklärte, er sehe in der vorliegenden EntschlieÙung keinen Raum für diesen Antrag, sagte aber zu, den Wiederaufbau für die nächste Frühjahrstagung als Diskussionsthema vorzusehen.

Die EntschlieÙung wurde ebenfalls ohne Änderung beschlossen (siehe Anlage).

Abg. **Koenders** (Niederlande) berichtete aus dem Politischen Ausschuss und begründete den Entwurf einer EntschlieÙung zur Wiederherstellung des transatlantischen Vertrauens nach dem Krieg im Irak. In der anschließenden Debatte erklärte Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), es habe im Ausschuss eine ausgezeichnete Debatte zu dem Thema gegeben. Auch durch die angenommenen Änderungen habe der Text dann eine breite Mehrheit gefunden. Jedoch habe er an einigen Stellen noch Bedenken wegen der Formulierungen. Er thematisierte die Entwicklung der europäischen Identität und erklärte, damit sei für die NATO kein Schaden verbunden. Die NATO benötige das zusammenwachsende Europa, auch müssen souveräne Entscheidungen der Mitgliedstaaten der NATO weiter möglich sein.

Abg. **Hefley** (Vereinigte Staaten) begründete einen Änderungsantrag, der die NATO und UNO ermutigen soll, ihren ISAF-Einsatz außerhalb Afghanistans auszuweiten. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) äußerte Bedenken, dass bei einer zu großen Streuung der NATO-Truppen

diese wie eine Besatzungsmacht wirken könnten. Man könne die politische Leitung nicht nur durch Truppen an der Macht halten. Abg. **Koenders** (Niederlande) entgegnete, die ISAF unterstütze die legitime Regierung in Afghanistan. Anschließend wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die so geänderte EntschlieÙung wurde vom Plenum angenommen (siehe Anlage).

Abg. **Riera** (Spanien) stellte den EntschlieÙungsentwurf des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie zu der Nichtverbreitung im 21. Jahrhundert vor. Abg. **Pastusiak** (Polen) erläuterte einen Änderungsantrag, der von der Berichterstatterin akzeptiert wurde und eine große Mehrheit fand. Die EntschlieÙung in der geänderten Form wurde beschlossen.

### Personalien

Da es keinen Gegenkandidaten gab, erfolgte die Wiederwahl des Präsidenten Hon. **Doug Bereuter** per Akklamation.

Für die vier Vizepräsidentenämter wurden vier Mitglieder nominiert: Die Abg. **Pierre Lellouche** (Frankreich), **Longin Pastusiak** (Polen) und **John Tanner** (Vereinigte Staaten) wurden per Akklamation wiedergewählt; Abg. **Giovanni Lorenzo** (Italien) wurde per Akklamation erstmals gewählt. Auch für das Amt des Schatzmeisters gab es nur eine einzige Nominierung: **Lothar Ibrügger** (Deutschland) wurde per Akklamation wiedergewählt.

Der Präsident informierte die Versammlung über die Erneuerung des Mandates des Generalsekretärs bis Ende 2007 durch den Ständigen Ausschuss.

### Haushaltsangelegenheiten. Berichterstatter Abg. Lothar Ibrügger (Deutschland), Schatzmeister der Versammlung

Der Bericht des Schatzmeisters, der Rechenschaftsbericht für den Haushalt 2002, der Bericht über den Pensionsfonds für 2002 und der Haushaltsentwurf für 2004 wurden von der Versammlung genehmigt.

Markus Meckel, MdB  
Leiter der Delegation

Volker Bouffier, Staatsminister  
Stellvertretender Leiter der Delegation

## Anhang

### Von der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Orlando angenommene Entschlüsse

#### Entschlüsselung 324

##### über die Operationen der Alliierten Streitkräfte im Irak\*

Die Versammlung,

1. **sich** der Spaltungen innerhalb des transatlantischen Bündnisses, die durch die jüngste Militäraktion im Irak hervorgerufen wurden, **bewusst**;
2. **mit Genugtuung** über die Anstrengungen des NATO-Generalsekretärs und der Mitgliedstaaten der NATO zur Überwindung dieser Spaltungen;
3. **in Anerkennung dessen**, dass die Bündnispartner Wege finden müssen, um zum Schutz ihrer beiderseitigen Sicherheitsinteressen zusammenzuarbeiten;
4. **in der Erkenntnis**, dass der erfolgreiche Wiederaufbau des Irak zu einem friedlichen souveränen Staat, der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit achtet, von zentralem Interesse ist und dass er die Beziehungen zwischen dem Westen und der moslemischen Welt für Jahrzehnte bestimmen wird;
5. **ferner in der Erkenntnis**, dass ein Misserfolg bei der Erfüllung dieser Aufgabe äußerst schwerwiegende Folgen für die weltweite Sicherheit, den Kampf gegen den Terrorismus und die Stabilität gemäßiger Regime im Nahen Osten hätte;
6. **in dem Verständnis**, dass die Bedrohungen, die die Instabilität im Nahen Osten erzeugen, auf Europa und Nordamerika gleichermaßen lasten;
7. **feststellend**, dass elf der derzeit 19 Mitgliedstaaten der Allianz und fünf der sieben Beitrittskandidaten bereits Streitkräfte vor Ort stationiert haben, die an Operationen im Irak teilnehmen;
8. **in Betracht dessen**, dass die NATO Unterstützung für die Streitkräfte unter polnischem Kommando im Irak leistet;
9. **unter Hinweis darauf**, dass die NATO mit Erfolg friedenserhaltende Maßnahmen in Afghanistan, dem Kosovo und Bosnien-Herzegowina durchführt;
10. **mit Lob darüber**, dass die Allianz im August 2003 die Verantwortung für die ISAF übernommen hat, um den Vereinten Nationen dabei zu helfen, die legitime Regierung Afghanistans zu unterstützen, Stabilität über Kabul hinaus auszudehnen und schnellere Fortschritte beim Wiederaufbau des Landes zu erzielen;
11. **ferner unter Hinweis darauf**, dass die NATO Operationen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zur Verhaftung mutmaßlicher Kriegsverbrecher durchführt;
12. **in Betracht dessen**, dass zahlreiche europäische Mitgliedstaaten der NATO sich im Rahmen von Initiativen der Europäischen Union auch an polizeilichen Maßnahmen auf dem Balkan beteiligen;
13. **in Anerkennung dessen**, dass viele der bei diesen Operationen gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse äußerst nützlich für die Stabilisierung des Irak nach dem Krieg sein könnten;
14. **in Bekräftigung dessen**, dass die NATO weiterhin das effektivste existierende militärpolitische Bündnis ist;
15. **daran erinnernd**, dass die Gründungsdokumente der NATO die Bedeutung der Wahrung der Menschenrechte und einer demokratischen Staatsführung unterstreichen und dass dieses Anliegen im Zentrum der Anstrengungen der alliierten Streitkräfte im Irak steht;

---

\* vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

16. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dazu **auf**,
- eine Reihe von Optionen für eine offizielle Rolle der NATO bei der Stabilisierung und dem Wiederaufbau des Irak in Erwägung zu ziehen;
  - die erforderlichen und verfügbaren Mittel bereitzustellen, um beim Wiederaufbau des Irak zu helfen und die Rolle der Vereinten Nationen im Irak weiter zu stärken;
  - zusammenzuarbeiten, um zu gewährleisten, dass die politische Kontrolle des Landes an das irakische Volk zurückgegeben wird, sobald dies gemäß Resolution 1511 des UN-Sicherheitsrates möglich ist;

### **Entschließung 323 über Menschenhandel\***

Die Versammlung,

- unter Hinweis darauf**, dass der Menschenhandel eine unerträgliche Verletzung der Menschenwürde sowie eine Bedrohung für Stabilität und Sicherheit im ganzen euroatlantischen Raum darstellt;
- in großer Sorge darüber**, dass in den letzten zehn Jahren ein enormer Anstieg des Menschenhandels auch mit Minderjährigen sowie der Anzahl der Opfer verzeichnet wurde und dass organisierte kriminelle Gruppen auf immer raffiniertere Techniken, wachsende finanzielle Ressourcen und expandierende Netze zurückgreifen können;
- ebenfalls in großer Sorge darüber**, dass die Ursachen des Menschenhandels in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern nur ungenügend angegangen wurden, insbesondere Ursachen wie Armut und Arbeitslosigkeit, Gewalt gegen Frauen und Kinder, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Zugehörigkeit, ungelöste Konflikte oder Konfliktsituationen, Regierungskorruption, anhaltende Nachfrage nach sexueller Ausbeutung sowie billigen und leicht auszunutzenden Arbeitskräften und Sklaverei;
- begrüßt** die Verabschiedung eines Aktionsplans für den Kampf gegen den Menschenhandel im Juli 2003 durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie das Inkrafttreten des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität im September 2003;
- unterstützt** die Vorbereitung eines europäischen Übereinkommens gegen den Menschenhandel durch den Europarat als ein Mittel zur Förderung der Umsetzung des Zusatzprotokolls der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels;
- fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten und Partnerländer des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich dazu auf**,
  - rechtliche Maßnahmen*
    - einen echten politischen Willen zum Kampf gegen Menschenhändler zu zeigen und Menschenhandel zu einer Straftat zu machen, die nach nationalem Recht mit drakonischen Strafen geahndet wird, und dieses Recht wirkungsvoll umzusetzen und ihm Geltung zu verschaffen;
    - die nationale Gesetzgebung und die für den Menschenhandel geltenden Strafen zu harmonisieren, um rechtliche Lücken zu vermeiden, die von Menschenhändlern genutzt werden könnten, auch in den Transitländern, sowie Auslieferungen und die Anwendung des Grundsatzes *aut dedere aut iudicare* (ausliefern oder vor Gericht bringen) in allen Fällen von Menschenhandel zu erleichtern;

---

\* vorgelegt vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit

- iii. sicherzustellen, dass die Opfer von Menschenhandel nicht Strafverfahren ausgesetzt werden als direkte Folge des Menschenhandels, und dass sie in dem aufnehmenden Land den rechtlichen Status von Opfern erhalten, um ihre Rehabilitation und Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern;
- b. *Schutz*
- i. alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Opfer und Zeugen zu schützen, darunter auch diejenigen, die bereit sind auszusagen;
  - ii. den Opfern von Menschenhandel die erforderliche Hilfe zu ihrer Rehabilitation bereitzustellen, einschließlich Unterkunft, Gesundheitsfürsorge, Beratung und berufliche Weiterbildung in dem Aufnahmeland beziehungsweise in ihrem Herkunftsland, falls sie zurückkehren sollten;
  - iii. ein Recht auf Wiedergutmachung einzuführen und NGOs finanziell zu unterstützen, die Schutzprogramme und Initiativen für die Opfer von Menschenhandel durchführen;
- c. *Prävention*
- i. Vereinbarungen zwischen Zielländern, Transitländern und Herkunftsländern der Opfer zu treffen, die sich auf rechtliche und polizeiliche Zusammenarbeit und auf die humanitären Aspekte dieses Problems erstrecken sollten, einschließlich Informationskampagnen zur Erzeugung von Bewusstsein in der Öffentlichkeit und in den Medien im Hinblick auf die verschiedenen Formen des Menschenhandels;
  - ii. ein Zusammenspiel und den Informationsaustausch über die verschiedenen Aspekte des Menschenhandels zwischen den relevanten Akteuren auf regionaler und internationaler Ebene zu fördern, einschließlich dem Privatsektor, NGOs, der Task Force für Menschenhandel des Stabilitätspakts für Südosteuropa sowie internationalen Strafverfolgungsbehörden wie EUROPOL und INTERPOL;
  - iii. wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen in den Herkunftsländern durchzuführen, u.a. durch Konfliktprävention, Entwicklungshilfe, sozio-ökonomische Zusammenarbeit, Ausweitung des Handels und Schaffung von Arbeitsplätzen; und
  - iv. ihre Regierungsbeamten, die im Ausland in Herkunfts-, Transit- oder Zielländern Dienst tun, einschließlich Friedenstruppen, zu schulen, damit sie Menschenhandelssituationen verstehen und identifizieren können.

### Entschließung 325

#### über Wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit\*

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass Sicherheit nicht mit militärischen Mitteln allein erzielt werden kann und dass die westlichen Regierungen über ein breites Spektrum politischer und wirtschaftlicher Instrumente zur Gestaltung des internationalen Systems verfügen;
2. **in der Überzeugung**, dass Frieden, Stabilität und Sicherheit nur dann erreicht werden können, wenn militärische, politische und wirtschaftliche Macht mit den grundlegenden Werten Demokratie, Toleranz und Solidarität verbunden wird;
3. **die Auffassung vertretend**, dass westliche Regierungen Handels-, Investitions-, Entwicklungshilfe- und Wissenstransferpolitiken in präventiver Form einsetzen können, um die Ursachen und Anzeichen von Unsicherheit und Instabilität zu mildern;

\* vorgelegt vom Politischen Ausschuss

4. **sich dessen bewusst**, dass eine neue Generation von Entwicklungsabkommen die Verpflichtungen der Geberländer wie der Empfängerländer im Rahmen des Entwicklungsprozesses darlegt;
5. **akzeptierend**, dass starke, die Entwicklung fördernde Handels-, Investitions- und Entwicklungshilfepolitiken grundlegende Äußerungen des westlichen Engagements im Hinblick auf eine reichere, stabilere und demokratischere Welt sind;
6. **mit Genugtuung** über die Anstrengungen der Regierungen der Mitgliedstaaten der Allianz in den letzten Jahren zur Erhöhung der Beträge und der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe;
7. jedoch **feststellend**, dass die grundlegenden Entwicklungsziele der internationalen Gemeinschaft, wie sie in den international vereinbarten Millenniumszielen der Vereinten Nationen dargelegt wurden, nicht allein durch diese Erhöhungen erreicht werden können;
8. **mit Genugtuung** über die Anstrengungen der OECD zur Gewährleistung, dass nationale Wirtschaftspolitiken in Bereichen wie Handel, Investitionen, Regelung des geistigen Eigentums, Landwirtschaft und Umweltschutz sich im Einklang mit den grundlegenden Entwicklungszielen befinden;
9. **mit Bedauern** über das Scheitern auf der Ministerrunde in Cancún, zu einer Einigung über den Agrarhandel zu gelangen, was die Doha-Runde multilateraler Handelsverhandlungen gefährdet;
10. **mit Genugtuung** über die Diskussion in Europa und Nordamerika über die Folgen westlicher Agrarpolitiken für die Entwicklungsländer;
11. die Tendenz der entwickelten Nationen **beklagend**, den Zugang der Entwicklungsländer zu Märkten zu begrenzen, auf denen sie potenzielle komparative Vorteile haben, während sie selbst ungehinderten Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer für westliche Güter, Dienstleistungen und Investitionen fordern;
12. **besorgt** über den Beschluss einiger Entwicklungsländer, Biotechnologie und genetisch veränderte Nahrungsmittelhilfe, selbst wenn diese Nahrungsmittel verarbeitet sind, zurückzuweisen aus Angst, dass künftige Agrarexporte gefährdet sein könnten;
13. **in Anbetracht dessen**, dass die Entwicklungsländer zur Maximierung knapper Entwicklungsressourcen monetäre und finanzwirtschaftliche Disziplin üben, offene Märkte für Handel und Investitionen ermöglichen, effektive und transparente Rechts-, Justiz- und Regierungssysteme aufbauen, eine demokratisch verantwortliche öffentliche Verwaltung schaffen und die Menschenrechte schützen müssen;
14. **besorgt darüber**, dass die so genannte „gebundene“ Entwicklungshilfe, eine mangelnde Koordinierung der bilateralen Hilfsprogramme sowie die Vermehrung der Mandate der Geberländer für die Weltbank den Empfängerländern und Kreditinstituten eine enorme administrative Last auferlegt und zu gravierenden Fehlleitungen von knappen Mitteln und Mitarbeitern geführt haben;
15. **feststellend**, dass die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Afghanistan und im Irak die Entschlossenheit des Westens zur Bewältigung der grundlegenden Ursachen der Instabilität beweisen wird;
16. **in der Erkenntnis**, dass langfristige Entwicklungsanstrengungen in Situationen nach einem Konflikt vor einem Hintergrund von Instabilität und Unsicherheit nicht vonstatten gehen können;
17. **in Anerkennung der Tatsache**, dass von allen Parteien klare Unterscheidungen zwischen Entwicklungs- und Wiederaufbauhelfern einerseits und Streitkräften, die an Friedenserzwingungs- und Friedenserhaltungsoperationen beteiligt sind, andererseits getroffen werden müssen;
18. die Bombardierung des UNO-Hauptquartiers in Bagdad sowie die Angriffe auf humanitäre Helfer und internationale Streitkräfte im Irak und in Afghanistan **beklagend**;
19. **mit Genugtuung** über das vor kurzem verkündete Engagement der Amerikaner, die Geißeln Aids, Malaria und Tuberkulose in den Entwicklungsländern zu bekämpfen,

sowie über die Flexibilität der USA im Hinblick auf die Überprüfung der Handelsbestimmungen, um es sehr armen Ländern zu gestatten, generische Versionen unbedingt benötigter Arzneimittel zu importieren;

20. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich dazu auf**,
- a. die Entwicklungshilfe auf ein Niveau anzuheben, das es ermöglichen wird, die Entwicklungsziele der internationalen Gemeinschaft, wie sie in den Millenniumszielen der Vereinten Nationen dargestellt sind, zu erreichen;
  - b. solide Wirtschaftspolitiken basierend auf den Mechanismen des Marktes in den Entwicklungsländern zu fördern und dabei sicherzustellen, dass sie ihre eigenen gesellschaftlichen Werte schützen;
  - c. darauf zu bestehen, dass die Regierungen der Empfängerländer ein geeignetes politisches Umfeld schaffen, bevor beträchtliche Entwicklungshilfegelder (im Gegensatz zur Nothilfe) zur Verfügung gestellt werden;
  - d. die Unterstützung für die Armutsverringerung, verantwortungsbewusste Regierungsführung, Bildung, Menschenrechte – insbesondere die Rechte der Frauen – und eine bessere Gesundheitsfürsorge zu einer Grundlage für die Entwicklungshilfe an Entwicklungsländer zu machen;
  - e. eine politische Kohärenz bei der Entwicklungshilfe zu erzielen, damit die Handels-, Investitions-, geistigen Eigentumsregelungs-, Agrar- und Umweltpolitiken der westlichen Länder die Entwicklungsziele unterstützen;
  - f. festzulegen, welche Mechanismen in jeder Regierung am besten dazu geeignet sein könnten, sicherzustellen, dass die nationalen Wirtschafts- und Außenpolitiken mit den internationalen Entwicklungszielen kohärent sind;
  - g. die Entwicklungshilferessourcen und -bemühungen zu koordinieren, die Anzahl der Geberländermandate für die Weltbank zu begrenzen und der Praxis ein Ende zu setzen, die Entwicklungshilfe mit der Beschaffung spezieller Güter und Dienstleistungen aus den Geberländern zu verknüpfen, um die Transaktionskosten zu reduzieren, den Geberländern dabei zu helfen, eine Duplizierung bereits geleisteter Hilfe zu vermeiden und den bürokratischen Aufwand für die Empfängerländer zu minimieren;
  - h. die Vergabe von Entwicklungshilfeverträgen so offen und transparent wie möglich zu gestalten, damit knappe Entwicklungshilfemittel so gut wie möglich verwendet werden;
  - i. die Entwicklungsländer in die Formulierung von Entwicklungshilfeprogrammen einzubeziehen, und dies auf nationaler und lokaler Ebene über Dialoge zu vollziehen, die außer Regierungsbeamten noch andere Beteiligte einschließen;
  - j. zu gewährleisten, dass die Entwicklungsprogramme den besonderen Gegebenheiten in den Empfängerländern angepasst sind;
  - k. dazu beizutragen, die Infrastruktur Afrikas für die Gesundheitsversorgung zu verbessern, um die Fähigkeit dieses Kontinents zur Bekämpfung der Geißeln AIDS, Malaria, Tuberkulose und anderer ansteckender Krankheiten zu erhöhen
  - l. eine Doha-Runde abzuschließen, die einen besseren Marktzugang und gerechtere Handelsbestimmungen ermöglicht, von denen die Bürger der Entwicklungsländer und die der entwickelten Länder gleichermaßen profitieren;
  - m. die Interessen der Entwicklungsländer in der gegenwärtigen Doha-Runde auf sinnvolle Weise zu berücksichtigen durch
    - i. eine Senkung der bestehenden tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse für eine Reihe von Produkten der Entwicklungsländer wie Reis, Zucker, Baumwolle, Textilien und Stahl, die die Entwicklungsländer, westliche Verbraucher und Hersteller, die diese Produkte nutzen, benachteiligen, sowie
    - ii. eine erneute Beurteilung von Unterstützungsprogrammen, die den Wettbewerb oder andere Produktionen verzerren;

- iii. eine weitere Berücksichtigung der Singapur-Fragen zu verschieben, bis dass eine Einigung über die Reform des Agrarhandels gesichert wurde;
- n. in dem Maße, wie es unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte praktikabel ist, zivilen Organisationen anstatt Streitkräften die letztendliche Verantwortung für den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wiederaufbau zu übertragen;
- o. zu akzeptieren, dass der schnelle Wiederaufbau des Irak im Interesse aller Mitgliedstaaten ist, und die Vereinten Nationen und andere multilaterale Organisationen zu ermutigen, eine zentrale Rolle bei den Bemühungen für den Wiederaufbau wahrzunehmen.

### Entschließung 326

#### über die Wiederherstellung von transatlantischem Vertrauen nach dem Krieg im Irak\*

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass die militärischen Aktionen im Irak die Staatengemeinschaft und die NATO gespalten haben und **betonend**, dass eine enge transatlantische politische Zusammenarbeit und Koordination ausschlaggebend bleiben für die Gewährleistung von Frieden, Wohlstand und Stabilität im euroatlantischen Raum und darüber hinaus;
2. **in der Erkenntnis**, dass der Krieg im Irak grundlegende Fragen aufgeworfen hat hinsichtlich der Legitimierung und hinsichtlich des Einsatzes militärischer Gewalt sowie der einzusetzenden Mittel zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW);
3. **besorgt** über fehlerhafte Einschätzungen vor dem Krieg hinsichtlich der MVW-Programme des Irak und **hervorhebend**, dass die Verfügbarkeit und Nutzung verlässlicher nachrichtendienstlicher Erkenntnisse von entscheidender Bedeutung für die Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von MVW ist;
4. **mit Genugtuung** über die Verabschiedung der Resolutionen 1483, 1500 und 1511 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen als wichtige erste Schritte in Richtung auf die Bildung einer international anerkannten, repräsentativen Regierung und die Übertragung der Macht an die Iraker selbst;
5. **in Würdigung** der bereits zwischen den NATO-Staaten sowie den Partnern vereinbarten Anstrengungen zur Herbeiführung von Frieden und Sicherheit und zur Unterstützung des Wiederaufbaus der zerstörten Infrastruktur sowohl im Irak als auch in Afghanistan;
6. **mit Lob** für den Beschluss des Nordatlantikrates (NAC), den Befehl über die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) in Afghanistan vom 1. August 2003 an zu übernehmen sowie für die Beschlüsse des NAC und des UNO-Sicherheitsrates, den Einsatz der ISAF über die Region Kabul hinaus auszuweiten;
7. **zutiefst beunruhigt** über die sehr angespannte Sicherheitslage im Irak und in Afghanistan und **feststellend**, dass es keinen festen Konsens darüber gibt, wie im Irak vorgegangen werden soll, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Vereinten Nationen und der Beteiligung der NATO-Verbündeten und Partner bei der Stabilisierung und dem Wiederaufbau des Irak;
8. **betonend**, dass die Verbündeten ein gemeinsames Interesse am Aufbau eines stabilen, demokratischen und pluralistischen Irak haben und die Staaten der Nahostregion **dazu ermutigend**, nachhaltige wirtschaftliche, politische und soziale Reformen zur Überwindung der Strukturprobleme zu unternehmen sowie die Konflikte in der Region mit friedlichen Mitteln zu lösen;
9. **in der Erkenntnis**, dass Terrorismus, die Verbreitung von MVW, aber auch zusammenbrechende Staaten („failing States“) und interne Konflikte grundlegende Herausforderungen für die Staatengemeinschaft darstellen, und dass die NATO eine Prioritätenliste unter dem Aspekt des komparativen Vorteils erstellen sollte;

\* vorgelegt vom Politischen Ausschuss



10. **in Würdigung** der Initiativen der NATO zur Stärkung ihrer MVW-Verteidigungsfähigkeiten und ihres Beitrages zur Bekämpfung dieser Bedrohungen;
11. **mit Genugtuung** über die Aufstellung der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO response force – NRF) als einem wichtigen Schritt zur Bewältigung der Sicherheitsprobleme des 21. Jahrhunderts und **darin erinnernd**, dass die NATO-Verbündeten ihre Fähigkeiten verbessern müssen;
12. unsere Entschlossenheit **bekräftigend**, den europäischen Pfeiler des Bündnisses zu stärken und den Aufbau und die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Elemente zur Verbesserung der Sicherheit insgesamt zu unterstützen sowie **mit der nachdrücklichen Aufforderung**, dass die ESVP die militärischen Fähigkeiten stärkt und keine Strukturen annimmt, die diejenigen innerhalb der NATO duplizieren;
13. **feststellend**, dass die bestehenden Rüstungskontrollregime und Regime nach dem NVV-Vertrag trotz ihrer Mängel wegweisend bleiben für die Verhütung der Verbreitung der MVW und ihrer Trägermittel;
14. **besorgt darüber**, dass die Gefahr der Weiterverbreitung nicht zu einer angemessenen Stärkung der bestehenden Nichtverbreitungsregime, insbesondere des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) und des Umfassenden Teststoppvertrages (CTBT) geführt hat;
15. **in Würdigung** der Erfolge beim Kampf gegen den Terrorismus und des aktiven Beitrags der NATO und ihrer Mitgliedstaaten zur Bewältigung dieser anhaltenden Herausforderung;
16. **in Anerkennung dessen**, dass militärische Mittel eine entscheidende Rolle beim Kampf gegen den Terrorismus spielen, dass die Überwindung dieser Herausforderung aber auch eine enge und solide internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Diplomatie, gemeinsame Nutzung von Informationen, Gesetzesumsetzung sowie wirtschaftliche und finanzielle Gegenmaßnahmen erfordert;
17. **in Anbetracht** der Tatsache, dass die Bekämpfung des Terrorismus sich auch mit den ihm zu Grunde liegenden Ursachen befassen muss;
18. **bekräftigend**, dass alle Mitgliedstaaten des Bündnisses sich gleichzeitig auch weiterhin an bestehende Verpflichtungen gebunden fühlen, wozu die Herbeiführung von langfristigem Frieden, Stabilität und Wohlstand in Südosteuropa gehören, und dass die NATO und die EU weiterhin ihre Verpflichtungen gegenüber den Staaten der Region erfüllen werden, sowie **in Anbetracht** der Erklärung des Europäischen Rates vom Juni 2003 in Thessaloniki, Griechenland, dass die EU einer Mitgliedschaft Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien\* sowie Serbiens und Montenegros aufgeschlossen gegenübersteht, da die Eingliederung dieser Region in die Union ihren Völkern helfen wird, ein friedliches Leben im Wohlstand aufzubauen;
19. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**:
  - a. die multilateralen Verbreitungsregime zu verstärken zum Schutz vor vertikaler und horizontaler Proliferation, einschließlich des NVV und des CTBT und die angemessene Rolle der NATO bei der Unterstützung dieser Regime zu prüfen;
  - b. die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, es der NATO zu ermöglichen, eine wirksamere Rolle bei der Stabilisierung und dem Wiederaufbau des Irak in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren zu übernehmen;
  - c. die erforderlichen, verfügbaren Mittel zur Unterstützung des Wiederaufbaus im Irak und in Afghanistan zur Verfügung zu stellen auf der Grundlage einer Konsolidierung der Rolle der Vereinten Nationen im Irak und eines verbesserten Prozesses des Übergangs im Hinblick auf die Wiederherstellung der Souveränität des Irak sowie eines erweiterten Mandats der VN in Afghanistan, sowie die NATO und die Vereinten Nationen nachdrücklich dazu aufzufordern, die ISAF-Operationen auf andere unsichere Gebiete in Afghanistan weiter auszudehnen;

\* Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

- d. mit der Umsetzung der auf dem Prager Gipfel im Jahre 2002 erzielten Vereinbarungen zur Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten fortzufahren;
  - e. die Rolle der NATO als dem wichtigsten Konsultationsforum der Verbündeten bei der Behandlung grundlegender Sicherheitsfragen zu stärken und den Entscheidungsprozess innerhalb der NATO in den Bereichen operationelle Eventualplanung sowie Genehmigung und Durchführung militärischer Missionen dadurch weiter zu straffen, dass:
    - i. dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR) entsprechend der jeweiligen Notwendigkeit erweiterter Ermessensspielraum eingeräumt wird bei der Vorbereitung und Aktualisierung von Eventualplänen;
    - ii. ein „NATO-Ausschuss der Beitragszahler“ beauftragt wird, die Operation im Auftrag des Bündnisses nach Genehmigung durch den Nordatlantikrat durchzuführen;
    - iii. eine hochrangige Arbeitsgruppe eingerichtet wird zur Straffung der Entscheidungsstrukturen innerhalb einer erweiterten NATO und zur Entwicklung von Optionen, die zur Anwendung kommen können, wenn ein Konsens im Nordatlantikrat nicht erreicht werden kann;
  - f. die gemeinsame Nutzung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse unter den NATO-Mitgliedstaaten zu verbessern im Hinblick auf die Erzielung einer Übereinkunft über das Ausmaß der durch die MVW und den Terrorismus gegebenen Gefahr und – dort, wo es möglich ist – die Transparenz bei diesem Prozess der gemeinsamen Nutzung mit den Partnern zu verstärken;
  - g. die Zusammenarbeit mit den Partnern weiter auszubauen beim Kampf gegen die Gefahren der Proliferation, des Terrorismus und zusammenbrechender Staaten und zu diesem Zweck die NATO-Partnerschaften zu fördern und zu vertiefen, insbesondere die NATO-Russland-Grundakte, die NATO-Ukraine-Charta, den Mittelmeerdialog, die Partnerschaft für Frieden und die gemeinsamen Werte des Bündnisses, die eine der treibenden Kräfte hinter der Zusammenarbeit der NATO mit den Partnerstaaten bleiben, zu fördern;
  - h. zu prüfen, ob und wie das Strategische Konzept des Bündnisses sich umfassend mit den Herausforderungen befassen kann, die sich nach dem 11. September 2001 ergeben haben, einschließlich Terrorismus, MVW-Verbreitung, zusammenbrechende Staaten und interne Konflikte in den an die Mitgliedstaaten der NATO angrenzenden Regionen;
  - i. sich um eine engere Zusammenarbeit zwischen der NATO, den Vereinten Nationen und der EU bei der internationalen Bekämpfung des Terrorismus zu bemühen sowie bei der Konfliktverhütung und der Stabilisierung in der Postkonfliktphase eine demokratische Regierungsführung sowie Rechtsstaatlichkeit zu fördern;
20. **fordert** die internationale Staatengemeinschaft **auf**:
- a. die Effizienz, Wirksamkeit und die Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bei der Bewältigung internationaler Sicherheitsherausforderungen zu stärken und sich auf die notwendigen Reformen zu verständigen;
  - b. die bestehenden Rüstungskontrollregime zu verstärken und zu unterstützen und neue Mechanismen zu entwickeln und zu finanzieren zur Verhinderung der Verbreitung von MVW sowie die Nichtbeachtung dieser internationalen Übereinkünfte wirksam zu überwachen und zu sanktionieren.

### Entschließung 327\*

#### über die Nichtverbreitung im 21. Jahrhundert

Die Versammlung,

1. **in der Erkenntnis**, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) eine schwerwiegende Bedrohung für die internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert ist;

\* vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.

2. **alarmiert** über die mögliche Verbindung zwischen dem Entstehen einer neuen Art von internationalem Terrorismus und der Verbreitung von MVW;
3. **davon überzeugt**, dass die Ereignisse vom 11. September 2001 zu einer internationalen Entschlossenheit geführt haben, die Verbreitung von Wissen, Technologien und Material, die sowohl von Staaten als auch von Terroristen zur Entwicklung von MVW genutzt werden können, zu bekämpfen;
4. **sich dessen bewusst**, dass rasche Fortschritte in Forschung und Technologie sowie deren schnelle Verbreitung in einer global vernetzten Welt die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung fördern, aber auch neue Schwachstellen schaffen;
5. **zutiefst besorgt darüber**, dass terroristische Gruppen wie al-Qaida aktiv versuchen, chemische, biologische, nukleare und radiologische Waffen für einen Einsatz bei terroristischen Angriffen zu erwerben;
6. **insbesondere darüber beunruhigt**, dass Nordkorea die Entwicklung von Atomwaffen fortsetzt und anzunehmen ist, dass es chemische Waffen besitzt sowie eine Infrastruktur, die zur Herstellung von biologischen Waffen verwendet werden könnte;
7. **alarmiert** über die Risiken einer Verbreitung, die sich aus dem Atomprogramm des Iran ergeben, und **überzeugt davon**, dass der Iran die Maßnahmen umsetzen muss, die in der vom Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) verabschiedeten EntschlieÙung vom 12. September 2003 dargelegt sind, wie auch die Verpflichtungen der Erklärung, die am 21. Oktober 2003 beim Besuch der Außenminister Frankreichs, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs im Iran vereinbart wurde;
8. **in Anerkennung** des Beitrags zur nuklearen Nichtverbreitung der Ukraine, Belarus und Kasachstans, die nukleare Waffen von ihrem Boden entfernt haben;
9. **davon überzeugt**, dass eine große Bandbreite von Instrumenten zur Bekämpfung der MVW-Verbreitung eingesetzt werden kann: Universalisierung multilateraler Verträge und Verifikationsmechanismen; nationale und internationale koordinierte Exportkontrollen; kooperative Bedrohungsminderungsprogramme; politische und ökonomische Ansatzhebel; Verbot illegaler Beschaffungsaktivitäten auf der Grundlage internationalen und nationalen Rechts; und als letztes Mittel Zwangsmaßnahmen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und Artikel 5 des Nordatlantikvertrags;
10. **zutiefst davon überzeugt**, dass zur weitestgehenden Minderung der Bedrohung durch die MVW ein koordiniertes transatlantisches Vorgehen als effektive internationale Reaktion erforderlich ist;
11. **mit Genugtuung** über die auf dem Prager Gipfel im Jahre 2002 von der NATO verabschiedeten Initiativen zur Abschreckung, Verhütung, Bekämpfung und Reaktion auf die Gefahr und den potentiellen Einsatz von MVW;
12. **fordert** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**:
  - a. den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) durch die Umsetzung der Schlussfolgerungen der NVV-Konferenz aus dem Jahre 1995 sowie des Schlussdokumentes der NVV-Überprüfungskonferenz aus dem Jahre 2002 zu verstärken, indem das Zusatzprotokoll der IAEO obligatorisch für die Mitglieder des NVV gemacht wird;
  - b. die De-facto-Atomstaaten, die nicht dem NVV angehören – Indien, Israel und Pakistan – zu drängen, sowohl den NVV als auch den umfassenden Teststopp-Vertrag zu unterzeichnen;
  - c. die Sechsparteiengespräche zu unterstützen bei der Suche nach einer diplomatischen Lösung, um das Atomwaffenprogramm der Demokratischen Volksrepublik Korea vollständig, nachweisbar und unwiederbringlich zu beseitigen, alle nuklearen Anlagen Nordkoreas den Sicherheitsmaßnahmen („safeguards“) der IAEO zu unterstellen, das Programm Nordkoreas zur Urananreicherung aufzugeben sowie die Plutoniumverarbeitung in der Anlage Yongbyon auszusetzen;

- d. den Iran zu drängen, weiterhin mit der IAEO zusammenzuarbeiten durch Bereitstellung umfassender Informationen über seine nuklearen Aktivitäten im Einklang mit den Maßnahmen, die in der vom Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) verabschiedeten EntschlieÙung vom 12. September 2003 dargelegt sind, sowie im Einklang mit den Verpflichtungen der Erklärung, die am 21. Oktober 2003 beim Besuch der Außenminister Frankreichs, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs im Iran vereinbart wurde;
- e. die Regierungen Russlands und der Vereinigten Staaten zu ermutigen, den Moskauer Vertrag umzusetzen und sich zu bemühen, die Sicherheit ihrer Lager von taktischen Nuklearwaffen zu gewährleisten, davon Abstand zu nehmen, ihre bestehenden Lager zu erweitern, sich einzusetzen für eine Übereinkunft in Bezug auf den weiteren Abbau derartiger Waffen und zusammenzuarbeiten, um den Erwerb dieser Waffen durch andere Staaten zu unterbinden oder zu verhindern;
- f. die bestehenden internationalen Übereinkommen dahin gehend zu ändern, dass sie ein Verbot des Besitzes und des Einsatzes radiologischer Waffen beinhalten;
- g. die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVWC) zu stärken durch die Aufrechterhaltung des Prinzips einer unabhängigen, transparenten und sachgerechten Verwaltung, durch die Förderung einer universalen Befolgung und einer wirksamen nationalen Umsetzung sowie durch die Verlagerung des Schwerpunkts auf die Verifizierung der Nichteinhaltung, wozu auch Verdachtsinspektionen gehören sollten;
- h. den Mitgliederkreis des Biowaffenübereinkommens zu erweitern und seine Verpflichtungen, einschließlich der Mechanismen für die Überwachung und Verifikation zu verstärken, ebenso wie die nationalen Maßnahmen zu seiner Umsetzung, auch in das Strafrecht, zu intensivieren, sowie die Kontrolle krankheits-erregender Mikroorganismen und Gifte im Rahmen des Übereinkommens zu verschärfen;
- i. die Exportkontrollregime zu verstärken sowohl durch die Kontrolle des Transfers vertraulicher Informationen, die für die Herstellung chemischer und biologischer Waffen benutzt werden könnten, als auch durch eingeschränkten Zugang zu genetischen Informationen über gefährliche Krankheitserreger, jedoch offen zu bleiben gegenüber legitimer wissenschaftlicher, medizinischer oder anderer Forschung;
- j. die „Proliferation Security Initiative“ (PSI) als eine Initiative zu unterstützen, die politische Verpflichtungen ausarbeitet und eine praktische Zusammenarbeit entwickelt, um den Fluss von MVW, ihrer Systeme und mit ihnen in Verbindung stehender Materialien nach und aus Staaten und zu nichtstaatlichen Akteuren, die Anlass zu Besorgnis geben, zu verhindern und zu beenden;
- k. die G-8 Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Materialien umzusetzen und kooperative Bedrohungsminderungsinitiativen auf andere Staaten außerhalb Russlands und der Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) auszuweiten, z. B. durch Bereitstellung von Unterstützung für Indien und Pakistan beim Schutz ihres nuklearen Materials, Hilfe für China bei seinem MVW-Verbot und den Anti-Schmuggelanstrengungen sowie Hilfe für den Irak im Hinblick auf eine sichere Lagerung von Materialien, die in Verbindung mit MVW stehen;
- l. das Übereinkommen zum physischen Schutz von Kernmaterial aus dem Jahre 1980 dahin gehend zu erweitern, dass es bei zivilen Programmen verwendetes nukleares Material umfasst, ebenso wie die Lagerung und den Transport und die zivilen Nuklearanlagen;
- m. alle notwendigen Fähigkeiten und Ressourcen zur Verfügung zu stellen für die Verteidigungsinitiativen der NATO im Bereich nukleare, biologische und chemische Waffen, einschließlich für das verlegbare ABC-Analyselabor, die ABC-Response Cell, das Ausbildungs- und Übungszentrum, die Koordination der Impfstoffbevorratung auf NATO-Ebene, das Katastrophenüberwachungsteam sowie das multinationale ABC-Abwehrbataillon der NATO und das MVW-Zentrum der NATO.